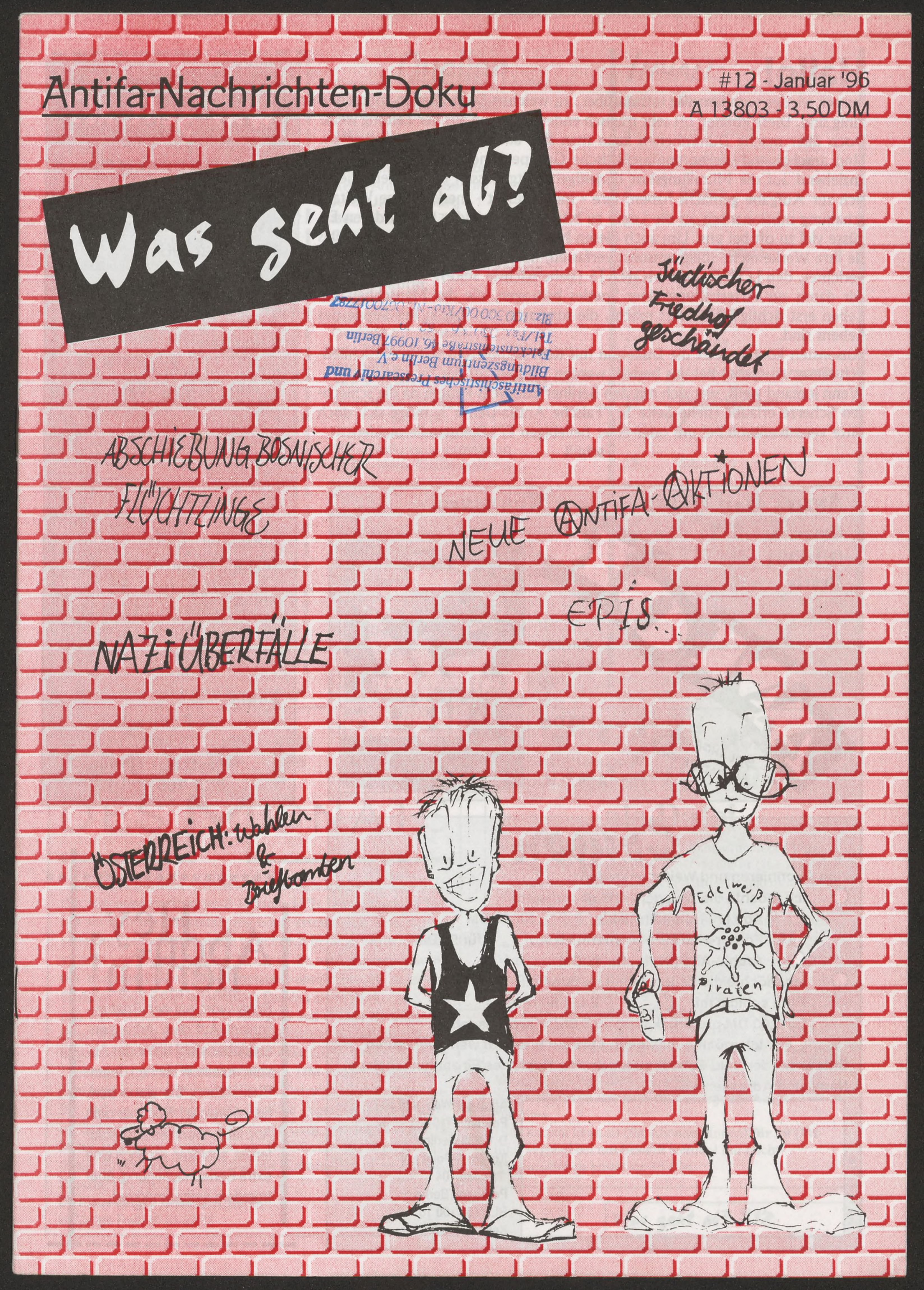


Antifa-Nachrichten-Doku
#12 - Januar '96
A 13803 - 3,50 DM
Was geht ab?
Jüdischer Friedhof geschändet
ABSCHIEBUNG BOSNISCHER FLÜCHTLINGE
NEUE ANTIFA-AKTIONEN
EPIS...
NAZIÜBERFÄLLE
ÖSTERREICH: Wahlen & Briefbomben
Edelweiß Piraten

Hallo!

Immer wieder wundern wir uns darüber, zu welchen Dummheiten Menschen fähig sind. Diese können oft sehr tragisch enden, wie man aus der Zeitung weiß. Doch über mache Dummheiten kann man sich auch einfach nur amüsieren. Und anscheinend wirken antifaschistische Gruppen und Zeitungen besonders anziehend auf die Mitteilungslust derjenigen Zeitgenossen und -innen, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, ihre - milde gesagt - merkwürdige Weltanschauung missionarisch an die Leute zu bringen. Und leider landen deren Ergüsse viel zu oft bei uns. Um auch diesen Menschen das Gefühl zu geben, daß sie ihre Werke nicht völlig umsonst verfassen, haben wir eine neue Sparte eingerichtet, den LÖFFEL DES MONATS (siehe nächste Seite). Wir hoffen, daß wir damit zur Arterhaltung einer Spezies beitragen, die der Menschheit das Leben erst richtig lebenswert macht, die sozusagen das Salz in der Suppe des Lebens sind.
Ansonsten können jetzt die Disketten mit dem kompletten Index (einschließlich dieser Ausgabe) bei uns bestellt werden (Kasten auf der rechten Seite).
Wenn jemand weiß, wer sich mit den Berliner Edelweiß-Piraten da die schlechten Scherze erlaubt (siehe Seite 5: "Falsche Antifa-Demo"), möge sich doch bitte vertrauensvoll bei uns oder einer beliebigen EPI-Dienststelle melden.

Tschüß

Was geht ab?

Impressum

Was geht ab? #12

Erscheinungsdatum:
1. Januar '96
3. Jahrgang

Herausgeber:
A-Point e.V.

Redaktion:
Edelweiß-Piraten Berlin

Verantwortlich iSdP:
Für nicht oder mit "WGA" gekennzeichneten Artikel: Kai Mara
Bei allen anderen Artikeln ist der ViSdPder Quelle verantwortlich

Sammelanschrift für alle:
Was geht ab?
Postfach 110 331
D-10833 Berlin
Fax: 030 / 694 67 95

Konto:
A-Point e.V.
Nr. 733 885-104
Postbank Berlin
BLZ 100 100 10

Coupon

zum Abonnieren und Weiterverkaufen:

- ○ Ich möchte die Was geht ab? abonnieren!
  - ○ Abo (10 Nummern) ab #_______ für 35 DM
  - ○ Förder-Abo (10 Nummern) ab #_______ für 50 DM
  - ○ Archiv-Abo (#1-15) für 45 DM
- ○ Ich möchte die Zeitung weiterverkaufen!
  Bitte schickt mir _________ Exemplare der #_______
  für 3,00 DM pro Stück (erst ab 5 Stück pro Ausgabe)
  - ○ Ich möchte die Zeitung bis auf Widerruf weiterverkaufen

Bitte entweder Geld/Scheck beilegen oder Kopie des Einzahlungsbelegs!

Name und Adresse:

Adresse: Was geht ab?
Postfach 110 331
D-10833 Berlin
Konto: A-Point e.V
733 885-104
Postbank Berlin
BLZ 100 100 10
Kennw. WGA

Hey, Abon-nentIn!

Schau vorn auf den Briefumschlag! Auf dem Adressenaufkleber steht unter der Absenderzeile in kleinen, fetten Buchstaben, bis wann bzw. bis zu welcher Nummer dein Abo läuft. Wenn es ausgelaufen ist, schicken wir noch eine extra Benachrichtigung, aber trotzdem selber merken!

So funxioniert diese Zeitung:

Die *Was geht ab?* ist eine Nachrichten-Dokumentation, keine theoretische oder Hintergrund-Zeitung. Wir dokumentieren Vorkommnisse, von denen wir aus diversen Quellen erfahren haben. Die Zeitung ist sortiert in die Bereiche **Bundesweit**, die einzelnen **Bundesländer** in alphabetischer Reihenfolge, **International, Portrait, Neuerscheinungen** sowie dem **Index**. Am Anfang jedes Artikels steht die Quellenangabe bzw. eine Auswahl. Die Artikel sind nicht mit dem Text der Quelle identisch, sondern beziehen sich inhaltlich darauf. Der Index ist sortiert nach den **Stichworten, Organisationen/Medien, Personen** und **Orte**. Es werden immer die Seitenzahl und Teile der Überschrift angegeben.

Folgende Quellen *haben wir für diese Ausgabe benutzt:*

AN = Antifaschistische Nachrichten
Antifa Niederkassel
Antifaplenum Oldenburg
API = Antifa-Presse-Info
Asta Uni Duisburg
BeZe = Berliner Zeitung
BgR = Bündnis gegen Rechts, Celle
bnr = blick nach rechts
BZ = Berliner (Springer-) Zeitung
DESG-Inform
DGB
DL = Deutsche Liga
Garfield Infotelefon
Info FFM = Antifa-Info Frankfurt/Main
Infoblatt = Antifa Infoblatt
JAF = Jugendantifa Friedrichshain
JF = Junge Freiheit
JW = Junge Welt
ND = Neues Deutschland
NIT = Nationales Infotelefon
NKR = Neue Kronenzeitung
n-tv
Patriot
RAG
Sleipnir
Spiegel
StA = Stadtanzeiger
Staatsbriefe
Tagesthemen
Taz = Die Tageszeitung
Tsp = Der Tagesspiegel
WGA = Eigener Bericht
Zündstoff

INHALT:

LÖFFEL DES MONATS

"Indem die Berliner Ausländerbeauftragte Barbara John, CDU, die sogenannten Edelweiß-Piraten, EPIs, ausgezeichnet hat, hat sie sich der Unterstützung einer kriminellen Vereinigung schuldig gemacht und sollte gerichtlich belangt werden. Diese ist eine von vielen Berliner Banden, die nach Presseerklärung der Berliner Polizei der Hauptstadt durch ihre im gesamten Berliner Stadtgebiet versprühten Parolen einen jährlichen Schaden von 100 Millionen DM zufügren und die zur Beschaffung ihrer Sprühdosen Diebstähle und andere kriminelle Straftaten begehen. So ist beispielsweise erst Ende November ein Diebesgutlager im Wert von 1,6 Mio. DM von der Polizei ausgehoben worden. Die sog. Edelweißpiraten sind bekannt dafür, daß sie ihre geistreichen Sprüche gegen rechts besonders im Scheunenviertel, im Prenzlauer Berg und im Stadtgebiet Mitte anbringen. Frau John als Repräsentantin der CDU ist damit direkt eine Verbindung mit Kriminellen eingegangen. Prussia, pro vadis?"

Dr. Klaus-Jürgen Goldmann, Berlin
in: "Junge Freiheit" 51-52/95

Bosnische Flüchtlinge sollen raus

Spiegel 51/95 - Ab April '96 verlieren die Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien ihr Aufenthaltsrecht in Deutschland. Das haben die Innenminister der Bundesländer Anfang Dezember '95 auf ihrer Konferenz in Erfurt beschlossen. „Wir sehen die Bürgerkriegssituation in Bosnien-Herzegowina mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages als beendet an", begründeten die Konferenzteilnehmer ihre Entscheidung, den Abschiebestopp nicht weiter zu verlängern. Über die Details der „gestaffelten Rückführung" - etwa welche Personengruppen aus welchen Regionen zuerst gehen müssen - wollen die Minister am 26. Januar '96 in Bonn verhandeln. Die Bundesrepublik ist das erste Land, das den Status der Duldung für Kriegsflüchtlinge aus Ex-Jugoslawien aufheben will. Menschenrechtsorganisationen wie Pro Asyl und die Gesellschaft für bedrohte Völker haben gegen diese Entscheidung der Innenminister protestiert.

Junge Freiheit soll raus

JW 30.11.95 - Erst im Oktober '95 ist die rechtsradikale Wochenzeitung ***Junge Freiheit (JF)*** von Potsdam in ihre neuen Räume nach Berlin-Mitte gezogen - ausgerechnet ins Mosse-Zentrum, dessen früherer Besitzer Jude war und von den Nazis enteignet wurde. Doch nun sind die Tage der JF auch dort offenbar gezählt. Der Vermieter, das Druckhaus Mitte, ficht den Vertrag mit der „Jungen Freiheit" wegen „arglistiger Täuschung" an. Der Anwalt des Druckhauses bestätigte, daß die JF darauf mit einem wütenden Antwortschreiben reagiert habe. Nach seinen Angaben ist nicht die Zeitung, sondern eine ***AMS***-Unternehmensberatung als Mieter aufgetreten und habe die Räume angemietet. Diese sind dann an die „Junge Freiheit" untervermietet worden. Die Mietvertragsverhandlungen führte der AMS-Geschäftsführer **Roland Wehl**, der gegenüber dem Druckhaus erklärt hatte, bei den Untermietern handele es sich um ein Unternehmen aus dem Bereich „Finanzdienstleistungen". Wehl ist schon seit langem als großzügiger Finanzier und Unterstützer der JF bekannt. Nach dem Umzug der Zeitung von Freiburg nach Berlin im Jahr 1993 hatte die „Junge Freiheit" ihre Redaktionsräume zunächst in Wehls Firma „AMS Allgemeine Mietsysteme" im Stadtteil Moabit eingerichtet. Wehl, der zeitweilig Mitglied in der „Alternativen Liste" war und sich danach als Redakteur der neurechten Zeitschrift ***wir selbst*** profilierte, ist in Berlin nicht nur durch seine stramm rechten Bekenntnisse, sondern auch durch zweifelhafte Geschäftspraktiken seiner AMS-Unternehmensgruppe aufgefallen. Nun versucht der Anwalt des Druckhauses mit der „Jungen Freiheit" eine außergerichtliche Einigung zu erzielen. Falls das nicht klappt, soll die Zeitung herausgeklagt werden, was sich jedoch sehr lange hinziehen kann.

Lauck soll nicht raus

JW 14.12.95 - Nach einem Haftprüfungstermin des Hamburger Oberlandesgerichts wurde entschieden, daß der US-amerikanische Neonazi **Gary Lauck** weiterhin in Untersuchungshaft bleibt. Lauck wurde im März '95 in Dänemark verhaftet und war im September nach Deutschland ausgeliefert worden.

Abgeschobener Vietnamese festgenommen

Taz 30.11.95 - Aus Deutschland abgeschobene VietnamesInnen werden nach ihrer Rückkehr von den dortigen Behörden festgenommen und tagelang verhört. Das berichtete ein Betroffener, der Ende Oktober '95 nach Hanoi abgeschoben worden war. Schon auf dem dortigen Flughafen wurde er eine Stunde lang verhört. Danach sind er und vier weitere abgeschobene Landsleute in eine Polizeiunterkunft geschafft worden, die sie nicht verlassen durften. Erst nach 14 Tagen habe man sie gegen Zahlung eines Schmiergeldes freigelassen. Während ihrer Inhaftierung wurden sie von rund 20 Polizisten bewacht und nach ihren politischen Aktivitäten im Ausland befragt. In den Verhandlungen über ein Rücknahmeabkommen mit Vietnam solle die Bundesregierung nach Forderungen von Menschenrechtsgruppen eine schriftliche Zusage fordern, daß den RückkehrerInnen keine Repressionen drohten. Eine solche Festlegung enthält der Vertragstext bisher nicht. Doch auch an die Zusicherung, die Rückkehrenden weder in Umerziehungs- noch andere Internierungslager zu stecken, hat sich die vietnamesische Regierung offenbar nicht gehalten.

Neonazis in der US-Armee in Deutschland

API 11.12.95 - Mehrere, im unterfränkischen Wildflecken bei Fulda stationierte, US-Soldaten haben sich zu einer rechtsextremen Gruppierung zusammengeschlossen, um gegen Schwarze vorzugehen. Laut einer internen Untersuchung der US-Armee sei dies nur eine von mehreren rechtsextremen Gruppierungen innerhalb der Armee. Soldaten in Colorado haben sich verschiedenen Skinhead-Gruppen angeschlossen. Einige der Armeeangehörigen werden verdächtigt, Waffen aus Armeedepots gestohlen und an örtliche Neonazis weitergegeben zu haben. Auch sei von mindestens zwei Soldaten bekannt, daß sie einer lokalen Neonazigruppe angehörten. In Fort Brag (North Carolina) wurden zwei Soldaten des Mordes an einem schwarzen Ehepaar beschuldigt. Die beiden jungen Schwarzen waren auf offener Straße durch Kopfschuß getötet worden. Einer der beiden Beschuldigten gestand seine rassenfeindliche Gesinnung inzwischen offen ein. Ebenfalls wurden im Bundesstaat Florida rassistische Soldatengruppen bekannt.

Nigerianer abgeschoben

Taz 20.11.95 - Trotz der Hinrichtung des Regimekritikers Ken Saro-Wiwa, die weltweit Proteste auslöste, schiebt die Bundesrepublik weiterhin abgelehnte Flüchtlinge aus Nigeria in ihr Heimatland ab. Am 17. November 95 ist nach Angaben von Amnesty International ein Nigerianer von Berlin aus seinem Land ausgeliefert worden. Laut Angaben eines Senatssprechers sei der Flüchtling erst unter drei verschiedenen Identitäten aufgetreten und hatte dann einer Abschiebung nach Nigeria zugestimmt. Inwieweit diese Zustimmung durch die Haft beeinflußt war, ist unklar.

Achtung!

Nicht vergessen:

Am **20. Januar '96** ist der **Redaktionsschluß** für die #13!

Fax: 030 - 694 67 95

Adresse:

Was geht ab?, Postfach 110 331, 10833 Berlin

GUS-Deserteure unterstützen!

JW 5.12.95 - Die Flüchtlingshilfsorganisation ***Pro Asyl*** hat die deutschen Innenminister aufgefordert, Deserteure und Kriegsdienstverweigerer aus den GUS-Staaten nicht in ihre Heimat abzuschieben. Für diese Menschen bestehe bei einer Abschiebung die Gefahr, wegen Spionage, Heimatverrat oder vergleichbare Straftatbestände verurteilt zu werden. Schließlich sei für diesen Personenkreis ein Asylantrag in der Bundesrepublik in den meisten Fällen mit einer Befragung durch deutsche oder „befreundete" Geheimdienste verbunden.

Abschiebung in Fesseln

Tsp 30.11.95 - Erneut ist der Bundesgrenzschutz in Frankfurt/Main mit seinen Methoden bei der Abschiebung von Asylbewerbern aufgefallen. Flüchtlingen, die sich gegen die zwangsweise Rückkehr wehren, werden die Hände und Beine mit Klettband umwickelt. Um sie gütigerweise vor Abschürfungen an der Haut zu bewahren, wird ihnen Papier unter die Fesseln gelegt. Der Polizeihauptkommissar **Michael Brall** rechtfertigte diese „in Einzellfällen" angewandte Methode „als Hilfsmittel für die Anwendung körperlicher Gewalt" und mit „dem Eigenschutz bei Suizidgefahr". ***Pro Asyl*** äußerte sich dazu mit den Worten, „es sei eine menschenverachtende Form der Behandlung von Flüchtlingen".

NPD-Sonderparteitag im Januar '96

bnr 24/95 - Im Januar '96 soll ein Sonderparteitag der ***NPD*** stattfinden. Auf diesem soll ein neuer Parteivorsitzender gewählt werden, nachdem der bisherige NPD-Chef **Günter Deckert** im September '95 vom Präsidium abgesetzt worden war. Laut dem Kölner „Europa vorn - Infotelefon" soll die saarländische NPD-Landesvorsitzende **Ellen-Doris Scherer** ihre Kandidatur für den Parteivorsitz erklärt haben. Die NPD wird seit der Absetzung Deckerts durch das Parteipräsidium von **Rolf Scherer** und dem nordrheinwestfälischen Landesvorsitzenden **Udo Holtmann** geführt.

Härtere Strafen für Schändungen

JW 25.11.95 - Die Schändung von KZ-Gedenkstätten soll nach einem Gesetzentwurf des Bundesrates künftig schärfer geahndet werden können. Auf Antrag der sechs ostdeutschen Bundesländer beschloß die Länderkammer am 24. November '95 in Bonn, über Gewalttaten und Sachbeschädigungen hinaus auch „beschimpfenden Unfug" an solchen Gedenkstätten unter Strafe zu stellen. Bisher gilt die entspechende Strafvorschrift zum Schutz der Totenruhe nur auf Friedhöfen.

Urteile aufheben!

Taz 22.11.95 - Für die Rehabilitierung von Wehrmachts-Deserteuren hat sich die Mehrheit der Justizminister der Bundesländer ausgesprochen. Angestrebt werde auch eine „angemessene Entschädigung" für die Opfer. Fünfzig Jahre nach Kriegsende dürfte es wohl kaum noch Deserteure von damals leben.

Falsche Antifa-Demo

WGA, JW 5.12., Taz 6.12.95 - Anfang Dezember kursierte in der linken Szene Berlins ein gefälschter Aufruf, in welchem zu einer Demonstration gegen die rechtsextreme Wochenzeitung ***Junge Freiheit (JF)*** am 9. Dezember '95 um 13 Uhr aufgerufen wurde. Die Demonstration sollte in der Zimmerstr. 55, vor den Geschäftsräumen der JF, stattfinden. Unter dem gefälschten Aufruf ist eine Liste von 20 angeblichen Unterstützern (inkl. den Revolutionären Zellen) gesetzt, die erstunken und erlogen ist. Alle Gruppen (Grüne, Jusos, Was geht ab?, Antifa-Info, Junge Welt, Buchladen Schwarze Risse u.a.) die bis jetzt erreicht wurden, haben das bestätigt. Als Verantwortliche iSdP sind die ***Edelweiß-Piraten*** mit der Adresse der autonomen Zeitung ***Interim*** angegeben. Auch die EPIs bestätigten, daß dieses Flugie eine Fälschung ist, schon zuvor gab es ein gefälschtes Flugblatt gegen die „Junge Freiheit", das angeblich auch von den Edelweiß-Piraten gemacht worden sein sollte (siehe WGA #11). Die Junge Welt äußerte sich so: *„Wir wissen nicht, ob dieser Aufruf authentisch ist oder ob er von denen, die er vorgibt anzugreifen, fabriziert worden ist. Wir haben ihn jedenfalls nicht unterschrieben und von seinem Inhalt war uns bis gestern auch nichts bekannt".* Die Vermutung der JW kann gut stimmen. Es wäre z.B. möglich, daß ein Grund vorgeschoben werden soll, um gewisse antifaschistischen Gruppen zu kriminalisieren. Nach dem Brandanschlag auf die Druckerei der „Jungen Freiheit", veröffentlichte diese ein sehr dubioses „Undercover-Interview" mit angeblichen Antifas. Daraufhin kam es zu Ermittlungen gegen AntifaschistInnen aus Göttingen (weil diese in dem Interview beschuldigt wurden). Gegenüber der Taz bestritt **Dieter Stein**, Chefredakteur der JF, daß das Interview gefälscht sei, räumte aber ein, daß die Interviewer unter dem Signum der linken Tageszeitung ***Junge Welt*** aufgetreten seien. Weiterhin dementierte er, daß er und seine Zeitung hinter den Fälschungen steckten, wollte aber auch nicht mehr kategorisch ausschließen, daß die Urheber Rechtsextremisten seien: *„Schließlich gibt es auch in der militanten Naziszene Leute, die uns als scheißliberal empfinden".* Auch die PDS-Vize **Angela Marquard** bekam eine Anzeige von der „Jungen Freiheit", nachdem sie in einem Interview mit dem JF-nahen **Frank Hauke** den Brandanschlag nicht verurteilte. Es könnte aber auch sein, daß so eine Antifa-Demo in Rathenow (die am selben Tag stattfand) behindert werden sollte. Wie auch immer, der Aufruf kommt nicht aus der Antifa-Szene, sondern ist eine Fälschung. Deshalb reagierten mehrere AntifaschistInnen, unter anderem vom „Antifa Infoblatt", mit einer öffentlichen Gegendarstellung. Sie klebten an mehreren linken Treffpunkten Plakate, auf denen auf die Sachlage hingewiesen wurde. Bereits zwei Tage später kursierten in Kneipen und an Häuserwänden neue Blätter, die die Stellungnahme des Infoblatts als „Anti-Antifa-Fälschung" hinstellten. Das ganze ist als Desorientierungsaktion zu verstehen, die allerdings ziemlich auffällig und plump gemacht wurde. Im übrigen war dies nicht die erste Aktion in diese Richtung: Schon vor zwei Jahren wurde bundesweit ein Flugblatt an Antifagruppen verschickt, das angeblich von den Berliner EPIs kam. Darin wurden Forderungen wie „Kauft nicht bei Deutschen" aufgestellt. Im November '95 tauchte ein Hetzpapier auf, das zu einer „Anti-Kanaken-Party" einlud und angeblich vom Taz-Chefredakteur unterschrieben war.

Bundesregierung ehrt Rassenbiologen

JW 23.11.95 - Das ***Bundesministerium für Inneres (BMI)*** hat die 1993 erschienene Broschüre *„Volk auf dem Weg. Deutsche in Rußland und in der GUS 1763-1993"* des ***Kulturrats der Deutschen aus Rußland e.V.*** mit 242.488 Mark gefördert und gleich 15.000 Exemplare für „Informationszwecke" in seinen eigenen Vertrieb übernommen. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der ***Grünen***-Abgeordneten **Annelie Buntenbach** hervor. Diese bezeichnete das Verhalten des BMI als einen unglaublichen Skandal. Schließlich beruhe die Broschüre auf Manuskripten des Ehrenpräsidenten der Rußlanddeutschen **Karl Stumpp** (1896-1982) und strotzt vor Geschichtsklitterungen. Stumpp veröffentlichte in der Nazizeit als NSDAP-Mitglied die Arbeit „Volksbiologie der Rußlanddeutschen". Später war er Leiter des „Kommandos Dr. Stumpp" und in den „Sippenämtern" Shitomir und Dnjepropetrowsk an der Selektion beteiligt. Bereits 1393 war er Funktionär des damals ***Volksbund für das Deutschtum im Ausland*** benannten ***VDA***, heute ***Verein für das Deutschtum im Ausland*** (und immer noch VDA). Nach dem Krieg stieg der NS-Rassenbiologe schnell wieder zum VDA-Funktionär auf. In der Broschüre werden die Wehrmachtstruppen im Zweiten Weltkrieg als Befreier eines Teils der Rußlanddeutschen dargestellt. Die Selektion, welche Rußlanddeutschen letztlich von der Wehrmacht „befreit" wurden und welche (Juden) nicht, traf Karl Stumpp - was aber natürlich in der Broschüre keine Erwähnung findet. Dieses Heft wendet sich an LehrerInnen, JournalistInnen, Geistliche und Rußlanddeutsche, um ihr Geschichtsbild zurechtzurücken.

„Aufbau einer nationalistischen Gemeinschaftsordnung"

*Der folgende Text ist gekürzt der Zeitung der **Jungen Nationaldemokraten** Berlin/Brandenburg, **Zündstoff** (Nr. 3/95), entnommen:*

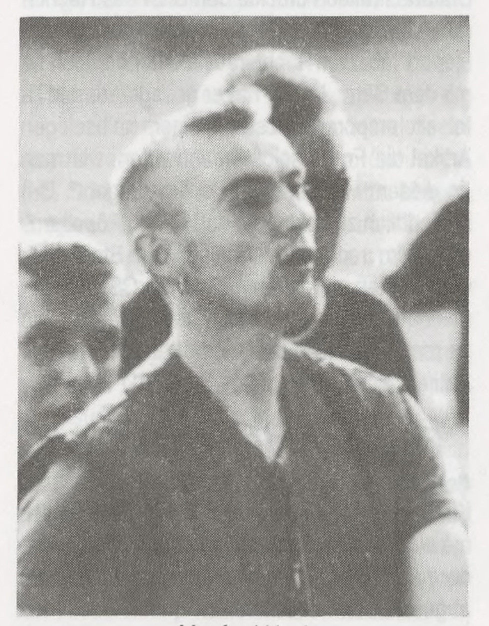
Ziel einer Kaderorganisation muß es sein, daß sich die Kader wie die Fische im Wasser ihrer Massenorganisation und/oder Sympathisanten bewegen können. Wie das konkret erreichbar ist, sollen folgende Überlegungen zeigen. Unternehmungen oder Betriebe, die in der Hand von Nationalisten sind und von diesen betrieben werden, sind ein wichtiger Test dafür, inwieweit wir die politische Theorie des Nationalismus propagieren können. Unsere Organisation wäre nicht nur finanziell stärker und unabhängiger, sondern sie wäre der klare Beweis für Außenstehende, daß unsere Ideen funktionieren. Die Schritte, die von Seiten anderer Organisationen und Einzelpersonen im nationalen Lager bereits erarbeitet wurden sind für uns beispielhaft und hier gilt es für uns natürlich auch anzuknüpfen. Natürlich werden die von Verbänden hergestellten Produkte zunächst hauptsächlich politischer Natur sein. Aber wenn man die Idee logisch weiterentwickelt, dann könnten Nationalisten eigentlich sehr viele Dinge herstellen und/oder Dienstleistungen anbieten - von Haushaltsgeräten über landwirtschaftliche Produkte bis zum Druck von Büchern. Teile des damit verdienten Geldes würden in die Organisation zurückfließen oder würden reinvestiert werden. Nebeneffekt wäre eine Verbesserung der handwerklichen Fähigkeiten unserer Kader. Desweiteren könnte man die Erpressungsversuche und den Preisdruck von Staat und geldgierigen Kapitalisten umgehen. Die strikte Beachtung einer einwandfreien Geschäftsmoral wiederum würde ihren Eindruck auf Außenstehende sicher nicht verfehlen. Jeder Mitgliedsbetrieb der nationalistischen Kooperative muß von Kadern unserer Organisation betrieben werden, von Menschen also, die sich in voller Übereinstimmung mit unserer politischen Theorie befinden. Andernfalls bestünde die Gefahr, daß sich kapitalistische Profiteure einschleichen oder daß die Organisation ihr Hauptziel - die Wiederherstellung der Volksmacht - aus den Augen verliert. Allerdings wollen wir keine Alternativkultur wie die linke Nachwuchsbourgeoisie nebst ihren APO-Opas ins Leben rufen, eine Kultur, die fundamental den Lebensinteressen des Volkes entgegengerichtet ist und sich von diesen abgekoppelt hat. Unsere Gemeinschaften werden ihre Basen in Kleinstädten, Stadtteilen oder auf dem flachen Land haben. Ihr Ziel wird es sein, mit der Bevölkerung in Kontakt zu treten, ihr zu helfen, ihr positive wirtschaftliche und soziale Alternativen anzubieten. Zusammen mit unseren normalen Aktivitäten wie Zeitungsverkäufen, Mitgliederwerbung und der Teilnahme an Kommunalwahlen würde dies dazu führen, daß man eine feste Basis in dem Gebiet bekäme. Man wäre „Fisch im Wasser". Auf der Ebene der Stützpunkte könnte dieses Konzept die Mitglieder ermutigen, ihr Geld zusammenzulegen, um beispielsweise Häuser, Maschinen oder Ausrüstungen zu kaufen. Der Besitz eines Hauses hätte beispielsweise für die Kameradinnen und Kameraden den Vorteil, daß sie einen Platz zum wohnen hätten, einen Platz von dem sie niemand vertreiben kann. Während sich die anderen Leute in einer atomisierten, entsolidarisierten Gesellschaft beim zu erwartenden verschärften Kampf um ein paar Mark gegenseitig halb umbringen, ist es für die Mitglieder einer nationalistischen Gemeinschaft viel leichter zusammenzuhalten und damit zu überleben. Die Ausstrahlung solcher Gemeinschaften wird manche, die heute noch abseits stehen, überzeugen. Die Ausdehnung nationalistischer Gemeinschaften und Kooperativen und ihre Vernetzung werden nicht nur beweisen, daß unsere politischen und wirtschaftlichen Theorien auch in der Praxis machbar sind, sondern sie dienen auch der Schaffung „befreiter Zonen", auf die der Staat und seine Handlanger keinen Einfluß haben werden. Konkret heißt das, daß wir nicht nur wirtschaftlich unabhängig werden, sondern uns selbst zu regieren beginnen, während der Staat und seine Machtmittel immer irrelevanter für die Lebensgestaltung der Angehörigen der nationalistischen Gemeinschaft werden.

Liste der "Nationalen Infotelefone"

NIT Berlin	Tel. **030 - 803 59 62** Fax: 030 - 803 24 13 Adr.: Postfach 380 277 14112 Berlin
NIT Franken	Tel. **0954 - 86 300** Adr.: Interessengemeinschaft Wir Postfach 4016 90020 Nürnberg
NIT Hamburg	Tel. **040 - 219 54 00** Fax: 040 - 218 83 18 Adr.: Postfach 700 604 22006 Hamburg
NIT Rheinland	Tel. **0211 - 745 065** Fax über NIT Hamburg Adr.: c/o JN Postfach 5169 52332 Düren
NIT Schleswig-Holstein	Tel. 04101 - 401 947 Fax über NIT Hamburg
NIT Westfalen	Tel. **02368 - 54 732** Fax über NIT Hamburg Adr.: Andy Kusch Klein-Erkenschicker-Str. 140 45739 Oer-Erckenschwick
IT Europa Vorn	Tel. 0221 - 510 70 93
REP-Infotelefon Berlin	Tel. 030 - 462 89 17

Nazikader auf Bewährung verurteilt

Garfield 11-12/95 - Wie bereits in der WGA #11 berichtet, begann Anfang November '95 in Heidelberg ein Prozeß gegen die Neonazis **Uwe Joachim Herker, Manfred Huck, Eric Marvin Rößler, Frank Detlef Bender, Martin Stondzik, Richard Broch, Sascha Polanec, Dirk Kinzinger, Holger Gölz** und **Maik Schemenauer**. Die meisten der Angeklagten sind - zum Teil führende - Mitglieder der inzwischen verbotenen ***Aktionsfront Nationaler Kameraden (ANK)*** gewesen. Sie überfielen am 13. Februar '92 die Gäste einer türkischen Snackbar in Heidelberg-Eppelheim. Bereits am 9. Februar '95 sind **Marc Kinzinger, Markus Idzikowski, Michael Grammer, Ralf Hermann** und **Thomas Mezzullo** wegen dieser Aktion zu Bewährungsstrafen verurteilt worden. Antifaschistische Zeugen und ProzeßbeobachterInnen wurden schon am ersten Prozeßtag von den Rechtsradikalen belästigt und bedroht. Am 2. Prozeßtag, dem 10. November '95 waren alle Angeklagten, außer Erik Rößler, mehr oder weniger geständig, wobei sie aber recht widersprüchliche Angaben machten. Bezeichnend für die Verhandlungsführung ist, daß die politischen Hintergründe der Angeklagten kaum eine Rolle spielten. Die Verhandlungspausen nutzen Huck, Bender und Rößler regelmäßig, um sich auszutauschen. Am ersten Prozeßtag gesellte sich gar noch der erst kürzlich aus der Haft entlassene Ludwigshafener Neonazi **Christian Hehl** zu ihnen. Am dritten Prozeßtag waren die angegriffenen Gäste der Snackbar als Zeugen geladen. Bei deren Vernehmung versuchten einige Anwälte, das Täter-Opfer-Verhältnis umzukehren und bezeichneten schon mal „aus Versehen" die Zeugen als Angeklagte. Zum vierten Prozeßtag waren dann die Nazis als Zeugen geladen, bei denen das Ermittlungsverfahren in der Sache schon eingestellt wurde, so z.B. **Jürgen Bock** aus Leutershausen (NPD'ler und Nazi-Skin), **Ralf Hutzel** aus Weinheim und **Dirk Reichel** (NPD). Zur Wahrheitsfindung trugen sie allesamt kaum bei. Beim nächsten Prozeßtag kam man aus dem Staunen nicht mehr heraus. *„Die Rüben, die Rüben haben mich vertrieben - hätte meine Mutter Fleisch gekocht, wäre ich geblieben"*, dieses - auch nach seiner eigenen Einschätzung unpassende - Sprichwort nahm der Staatsanwalt nun als Leitmotiv der Nazis für die Stürmung der Snackbar an. Nicht etwa weil die Angeklagten größtenteils fest organisierte Faschisten sind, sondern weil es im „Habereckl" keine Pommes Frites gab, sei der Grund für den Überfall gewesen. Daß bei mehreren Angeklagten NS-Material (auch selbstgemalte Hitlerbilder) und Waffen gefunden wurden, daß die Angeklagten teilweise Führer von Wehrsportgruppen und faschistischer Organisationen sowie Kroatien-Söldner sind, daß einige der Angeklagten bereits - zum Teil mehrfach - wegen schwerer Körperverletzung, Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß verurteilt wurden oder daß der Deckert-Zögling Rößler selbst noch am Abend des Überfalls NPD-Flugblätter zu verteilen hatte - all diese Tatsachen wurden in der Verhandlung zwar festgestellt, trotzdem blieb der politische Hintergrund der Täter fast völlig außen vor. In Zusammenhang mit diesem Prozeß bringt die Rhein-Neckar-Zeitung ihre Meldung über drei in der Nacht zum 23. November '95 in Weinheim und Sinsheim angezündete Autos. Einer der PKWs gehörte nach eigenen Angaben dem Weinheimer Holger Gölz, der mit den



Manfred Huck

Angeklagten den Tatabend im Habereckl verbrachte und am Tag bevor sein Auto brannte, im Zeugenstand sichtlich Mühe hatte, seine rassistischen Äußerungen für sich zu behalten. Laut Manfred Huck gehörte der zweite Wagen dem Angeklagten NPD-Aktivisten Erik Rößler. Am 6. Dezember '95 kam es dann endlich zur Urteilsverkündigung. Sieben der acht Angeklagten wurden wegen Haus- und Landfriedensbruch sowie gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung verurteilt. Bender wurde freigesprochen, da ihm nicht nachzuweisen war, daß er in der Snackbar war. Erik Rößler, Richerd Broch und Sacha Polanek erhielten nur eine Verwarnung und 2.000 DM Geldbuße. Dirk Kinzinger mußte sage und schreibe 900 DM zahlen. ANK-Kader Manfred Huck wurde als einziger nach Erwachsenenstrafrecht verurteilt und muß 60 Tagessätze zu 30 DM zahlen, die mit einer älteren Verurteilung zu insgesamt zu 90 Tagessätzen zusammengezogen wurde. Ebenfalls eine Einheitsstrafe unter Einbeziehung eines älteren Urteils erhielt Martin Stondzik: 1 Jahr und 4 Monate - natürlich auch auf Bewährung. Eine weitere Einheitsstrafe erhielt Kroatien-Söldner Uwe Herker, bei ihm sind es 1 ½ Jahre auf Bewährung. Dies bedeutete, er kam in den nächsten Tagen auf freien Fuß, nachdem er seine damalige Haftstrafe abgesessen hat.

Deckert erneut vor Gericht

Taz, JW 22.11.95, API - Seit dem 20. November '95 steht der Ex-***NPD***-Chef, **Günter Deckert**, erneut vor Gericht. Der 55jährige ist vor dem Stuttgarter Landgericht wegen Volksverhetzung angeklagt. Grund dafür ist ein Artikel in der NPD-Zeitung ***Deutsche Stimme***, in dem der Massenmord an JüdInnen geleugnet wird. Dieser Artikel war in der Dezemberausgabe 1994 unter der Überschrift „Mit den Wölfen heulen - nein" erschienen. Eine Bürgerin fand das NPD-Blatt in ihrem Briefkasten und erstattete Anzeige. Bei der anschließenden Durchsuchung der NPD-Parteizentrale in Stuttgart fand die Polizei noch ganze 73 Exemplare der „Deutschen Stimme". Deckert steht vor Gericht, weil er im Impressum der NPD-Zeitung als Schriftleiter aufgeführt ist.

Nazi-Veranstaltung geplant

DL, WGA - Für Samstag, den 2. März '96, ist in Villingen-Schwenningen eine Veranstaltung mit dem Multi-Funktionär der rechtsradikalen Szene, **Harald Neubauer**, geplant. Neubauer ist Herausgeber der rechtsradikalen Monatszeitung ***Nation & Europa*** und Bundessprecher der ***Deutschen Liga (DL)***. Neubauer war vorher für lange Zeit Generalsekretär der ***Republikaner*** gewesen. Die Veranstaltung mit ihm soll um 20.00 Uhr irgendwo in Villingen-Schwenningen stattfinden. Sie steht unter dem Motto *„Die Arbeit geht, die Armen kommen! Aus volkstreuer Sicht sowie den weitere patriotische Weg zur rechten Einheit '96"*. In Villingen Schwenningen wohnt und agiert der DL-Stadt- und Kreisrat **Jürgen Schützinger**. Er ist hier auch Chef einer selbsternannten Bürgerwehr. Einladungen und nähere Informationen zu der Veranstaltung können Interessennten deshalb auch bei Jürgen Schützinger, Postfach 3705, 78026 Villingen-Schwenningen, Telefon 07720-61808 oder -37445 sowie Fax 07720-65281 oder -37497 bekommen.

Antifa-Infotelefon Mannheim

JW 14.12.95 - Das „dienstälteste" ***Antifa-Infotelefon (AIT)*** bleibt allen Repressions- und Kriminalisierungsversuchen zum Trotz weiterhin in Betrieb. Der jüngste Versuch, das Infotelefon zu kriminalisieren, kam aus Reihen der ***CDU***. „Anlaß war die bloße Erwähnung einer Veranstaltung der Mannheimer CDU mit dem sächsischen Justizminister ***Steffen Heitmann***" schreiben die BetreiberInnen des Telefons. Daraufhin

habe das Lokalblatt „Mannheimer Morgen“ unterstellt, „das Telefon mit Anrufbeantworter“ habe Heitmann verunglimpft. In der Vergangenheit gab es auch verschiedene Versuche aus der militanten Neonazi-Szene, die Arbeit des Telefons zu behindern. Aber auch in Zukunft wird das AIT über bundesweite und lokale Ereignisse, Veranstaltungen und Termine berichten. Telefon-Nummer **0621 - 21 705**.

Neues von Jürgen Schützinger

StA 8.11.95, DL - Einer der drei Vorsitzenden der ***Deutschen Liga***, **Jürgen Schützinger**, will wieder Polizist werden. Dafür schrieb er am 2. November ' 95 einen Brief an **Erwin Teufel** (Ministerpräsidenten von Baden Württemberg). Am 13. Juli '76 und am 25. November '81 hatte die Bereitschaftspolizeidirektion BaWü weisungsgemäß verfügt, daß Schützinger wegen des Radikalenerlasses aus dem Polizeidienst entlassen wird. Mittlerweile hat der Europäische Gerichtshof ein Urteil verkündet, daß Berufsverbote eine klare Verletzung der Europäischen Menschenrechtskonventionen bedeuten. Zu diesem Urteil kam es nach der Klage einer DKP-Lehrerin. Schützinger (Neue Funk-Nr. 0172-8588652) fordert nun eine Wiedereinstellung in den Polizeidienst mit Folgeausgleich bis zum 1. Januar '96. Er fordert weiterhin „*eine Schadensersatzleistung in Höhe des wegen völkerrechtswidriger Entlassung vorenthaltenen Gehaltes mit Verzinsung unverzüglich*“. Schützinger sitzt in Villingen-Schwenningen im Kreisrat und mit seiner Mutter im Gemeinderat.

Bayern

NPD in Coburg und Erlangen

NIT 4.12.95 - Am 1. Dezember '95 fand im Landkreis Coburg ein Treffen der dortigen ***NPD*** mit „mehreren Dutzend“ Personen statt. Einen Tag später führte die NPD in Erlangen ein Liederabend mit **Veith Kelsenborn** aus Thüringen durch. Es sollen ca. 40 Leute teilgenommen haben.

BFB zur Wahl

bnr 25-26/95 - Der rechtsradikale ***Bund freier Bürger (BFB)*** tritt zu den Kommunalwahlen in München im März '96 an. Als Spitzenkandidat wurde der BFB-Vorsitzende **Manfred Brunner** nominiert, ihm folgen auf den Plätzen zwei bis vier die Rechtsanwältin **Evelyne Menges**, der Kaufmann **Reinhold Demharter** und **Gundula Schumann** vom „Bund junger Unternehmer“.

CSU und Nazis gegen das KOMM

JW 5.12.95, WGA - Als das selbstverwaltete Kommunikationszentrum ***KOMM*** in Nürnberg einen „Tag der offenen Tür“ hatte, bekam es seltsamen Besuch. Ein „radfahrender Steuerzahler“ ließ sich durch das Gebäude führen, bis bemerkt wurde, daß er mehrere Nazi-Aufnäher zur Schau trug. Daraufhin wurde er aufgefordert, das Haus zu verlassen, weil die Hausregeln des KOMM keine Nazi-Propaganda dulden. Als er sich weigerte das Haus zu verlassen, wurde er hinausbegleitet. Der Rechtsradikale schrieb daraufhin einen Brief an die ***CSU***-Stadtratsfraktion, in dem er sich über seine schlechte Behandlung im KOMM beschwerte. So mußte er sich zum Beispiel von den anwesenden „abenteuerlich gestylten Gestalten“ duzen lassen. Die CSU-Stadtratsfraktion druckte den Brief des Rechtsradikalen gleich in ihrem Nürnberger „Union-Report“ ab. Der Rechtsradikale konnte sich so mit dem Satz „Ja, DU hat er gesagt“ auf der Titelseite empören und sich in einem halbseitigen Artikel die Frage selbst beantworten, wie man „in diesem Haus mit Besuchern umgeht“. Um letztendlich zu beklagen, daß diese „Pöbelherrschaft“ im „rechtsfreien Saustall“ der Stadt noch Geld kosten würde. Damit hat die CSU wieder mal bewiesen wie wenig Berührungsängste sie zu rechtsradikalen Kreisen hat, urteilten einige Antifaschisten dazu.

Festnahme verhindert

BeZe 7.12.95 - Etwa 50 Sympathisanten aus Kirchenkreisen haben in Erlangen die Festnahme eines kurdischen Asylbewerbers verhindert, der nach seiner Entlassung aus der Psychatrie abgeschoben werden sollte.

Neuendettelsauer Manifest

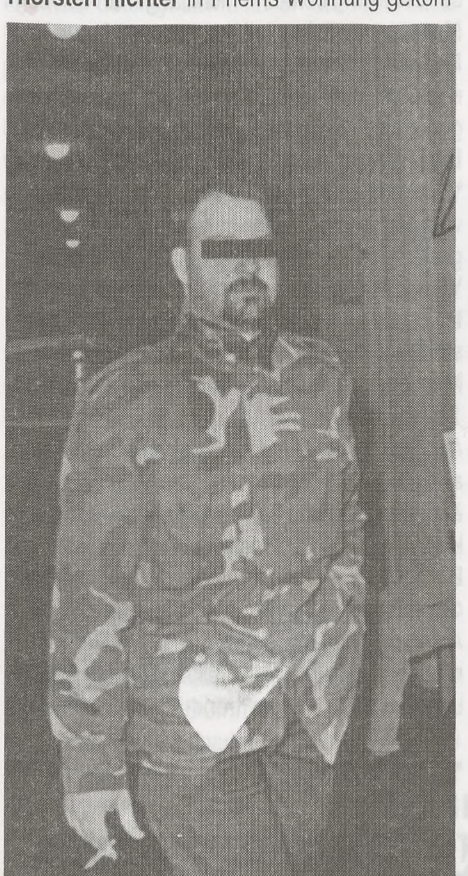
AN 22/95 - Der Bezirksauschuß der ***Jungen Union (JU)*** in Mittelfranken hat im September '95 ein Papier des ***Arbeitskreises Konservative Initiative*** innerhalb des JU-Bezirksverbandes verabschiedet. Dieses Papier nennt sich „Neuendettelsauer Manifest“. Laut diesem sind „*das christlich-abendländische Erbe und die politische Kultur in Deutschland*“ aufs höchste gefährdet durch „*die bewußtseinsprägende Macht vom linkslastigen Medienapparat und politisch motivierten Urteilen im Bereich unserer Rechtssprechung*“. Die Verfasser bejammern auch die Verfolgung durch „*exessiven Feminismus*“ und „*journalistischen Kommissaren der Political Correctnes*“. Sie fordern „*ein normalisiertes Nationalbewußtsein*“. Ein Sonderkapitel widmen die JU-Schreiberlinge der Geschichtsschreibung, die von den Linken zum „*Krieg der Erinnerungen*“ gemacht werde. Denn diesen ginge es darum, „*das gesamte Volk mit dem eigenen neurotischen Verhältnis zur deutschen Geschichte anzustecken*“. Aus „*Buße für den nationalsozialistischen Rassismus*“ wollen sie die multikulturelle Gesellschaft installieren und diskreditieren pauschal „*deutsche Traditionen*“ und Tugenden. Mitautor dieses Manifestes ist der Historiker **Manfred Kittel**, dessen Buch „Die Legende von der zweiten Schuld“ im rechtsradikalen ***Nation & Europa***-Buchdienst zu bekommen ist. Der JU-Bezirksvorsitzende **Horst Müller** unterstützt das Manifest ebenfalls, denn er sieht die Mehrheit der Deutschen „*linker Gehirnwäsche*“ ausgesetzt. In der ***Jungen Freiheit*** stellt das JU-Mittelfranken-Mitglied, **Dieter Hummel**, das Manifest als „*politischen Neuanfang eines modernen Konservatismus*“ dar.

Berlin

Prozeß gegen Nazi-Kader der Anti-Antifa

WGA, JW 19.12.95 - Vor dem Amtsgericht Berlin-Tiergarten findet seit Anfang Dezember '95 ein Prozeß gegen einige der führenden Drahtzieher in der Berliner Nazi-Szene statt. Den 19 Angeklagten wird die „Bildung eines bewaffneten Haufens“ vorgeworfen. Die Verfahren gegen sechs minderjährige Nazis (bis 21 Jahren) wurden abgetrennt. Die Nazi-Meute hatte sich am 13. August '94 anläßlich einer Antifa-Demonstration gegen den Nazi-Kader **Arnulf Priem** „zur Verteidigung“ in dessen Wohnung versammelt. Von Priems Dach aus wurde ein Kamerateam mit Zwillen beschossen. Nachdem ein Kameramann getroffen und leicht verletzt wurde, stürmte die Polizei Priems Wohnung und Dachboden und nahm die etwa 20 anwesenden Nazis fest. Die Polizei stellte in Priems Wohnung mehrere Waffen, darunter auch Schußwaffen, sowie Sprengstoff sicher. Auf dem Dachboden fand sie zwei Zwillen mit entsprechender Munition, mehrere Steinhaufen, zwei Molotow-Cocktails und zwei Schäferhunde. Nach Aussagen eines Polizeibeamten entpuppten sich die Zündlappen der Molotow-Cocktails als die Unterwäsche von Priem. Die Polizei konnte außerdem eindeutig **Oliver Werner** als den Zwillenschützen identifizieren. Am 19. Dezember '95, dem zweiten Verhandlungstag, fanden sich die Angeklagten **Kay Diesner, Wolfgang Kaiser, Mathias Ridderskamp, Hans-Jörg Rückert, Mike Schildt, Ronald Spieker, Katrin Maut, Enno Gehrmann, Detlef Cholewa, Susann Starke, Marcus Bischoff, Oliver Schweigert, Matthias Morell, Marco Lau, Heinrich Axt** und zahl-

reiches Nazi-Publikum im Gericht ein. Auffällig ist, daß die Begleiterinnen der Nazis und die Angeklagte Susann Starke (kurze rotgefärbte Haare, schwarz gekleidet, Pullover mit Tattoo-Motiv) vom Erscheinungsbild her locker der linken Szene zugerechnet werden könnten. Das Gegenteil ist der Fall! Polizisten waren bei diesem Prozeß, außer den vom Gericht vorgeladenen, weit und breit keine zu sehen. Das ermutigte dann wohl auch den ehemaligen Kroatien-Söldner und *FAP*-Kader Oliver Schweigert sich mal wieder wichtig zu machen. Er griff im Gerichtsflur eine Fotografin an und forderte wichtigtuerisch die Herausgabe des Films. Als er damit keinen rechten Erfolg hatte, holte er eine Gerichtsdienerin, der nichts besseres einfiel, als die Foto-Erlaubnis der Fotografin zu kontrollieren. Der zweite Prozeßtag begann dann schließlich mit der Zeugenaussage von **Aline Döhring** (21, Sekretärin aus Berlin). Diese erzählte, daß sie am 13. August '94 nur **Daniela Wölfin** bei Priem besuchen wollte, diese hätte sie 1989/90 in einem Wohnheim kennengelernt. Von der Antifa-Demo habe sie keine Ahnung gehabt. Daniela Wölfin war über einige Zeit die Freundin von Arnulf Priem gewesen. Mittlerweile hat sie Arnulf Priem geheiratet und heißt jetzt **Daniela Priem**. Dem Angeklagten Marcus Bischoff zufolge soll Aline Döhring zusammen mit einem **Thorsten Richter** in Priems Wohnung gekom-



Oliver Schweigert

men sein. Dieser Thorsten Richter hätte bloß einen Arm und würde deshalb in der Szene „Krücke" genannt werden. Marcus Bischoff (FAP, HNG, NS-Denkzettel) erzählte weiterhin, daß er eine Strafanzeige gegen den Einsatzleiter der Polizei gestellt habe, die aber abgelehnt worden sei. Zu seinen schulterlangen schwarzen Haaren erklärte er entschuldigend, daß er draußen nicht so rumrenne; er war zusammen mit Mike Schildt aus dem Gefängnis vorgeführt worden. Der Angeklagte Matthias Morell wird übri-



Enno Gehrmann

gens von dem Rechtsanwalt **Dr. Eisenecker** verteidigt, dieser scheint sich mittlerweile zu einem neuen Star-Anwalt in der Nazi-Szene entwickelt zu haben (siehe WGA #9, NF-Prozeß). Matthias Morell steht im Verdacht am betreffenden Tag neben Schweigert, Priems rechte Hand gewesen zu sein. Der Angeklagte Enno Gehrmann (NF, SrA) wird von der Rechtsanwältin **Marion Grunow** verteidigt. Diese versuchte dem Gericht deutlich zu machen, daß ihr Mandant bei seiner Festnahme zu hart angefaßt worden sei. Der Angeklagte Mathias Ridderskamp („Bund Vaterlandstreuer Volksgenossen") beschwerte sich beim Gericht darüber, daß bei der Hausdurchsuchung bei ihm seine Naziorden und Broschen mitgenommen wurden. Die Polizei fand bei Mathias Ridderskamp dneben Material aus dem „3. Reich" noch zahlreiche Nazipropaganda und Symbole verfassungswidriger Organisationen. Laut dem Angeklagten Hans-Jörg Rückert hat Ridderskamp nach seiner Festnahme bei Priem seine Arbeit verloren.

Dursuchung beim „Verlag der Freunde"

Taz, JW, bnr 24/95, Sleipnir #6 - Am 15. November '95 erschienen sowohl in der Privatwohnung von **Andreas Röhler** als auch am Sitz des ***Verlages der Freunde***, zugleich Wohnung von **Peter Töpfer**, die Polizei mit einem Beschluß zur Einziehung der Hefte 2 bis 5 der geschichtsrevisionistischen Zeitschrift ***Sleipnir***, wegen Volksverhetzung. Wiederholt waren in der rechtsradikalen Zeitschrift antisemitische Artikel erschienen, die die Existenz von Gaskammern in den KZ leugneten. Die Hausdurchsuchung wurde mit einem Artikel des Autors **Serge Thions** begründet, der **Jean-Claude Prescas** Buch *„Die Krematorien von Auschwitz - Die Technik des Massenmordes"* denunziert und dabei die Vernichtung der europäischen Juden durch die Nazis leugnet. In der neuesten Ausgabe starteten Röhler und Töpfer einen Hilferuf, da sie durch den Polizeibesuch um wichtige Materialien gebracht worden seien und nun auf Geld bzw. Sachwerte angewiesen seien.

Burmeister ausgeliefert

NIT 28.11.95 - Der ehemalige Landesvorsitzende der ***FAP*** in Berlin, **Lars Burmeister**, ist Ende November '95 an die deutschen Behörden ausgeliefert worden. Er war im Sommer in Norwegen festgenommen worden, da ein Haftbefehl aus Deutschland gegen ihn vorlag (siehe WGA 8 und 9). Burmeister wird vorgeworfen, bei einem Überfall einen Antifaschisten so schwer verletzt zu haben, daß dieser erblindete.

REPs gegen 5%-Klausel

Taz 24.11.95 - Die rechtsextremistischen ***Republikaner*** haben beim Verfassungsgerichtshof ein Wahlprüfungsverfahren gegen die Anwendung der 5%-Klausel angekündigt. Das Gericht wies jedoch einen Antrag der Partei auf einstweilige Anordnung zurück, vorläufig die Anwendung der Sperrklausel auszusetzen. Das Gericht bezeichnete das Wahlprüfungsverfahren als „offensichtlich unbegründet".

Neue Führung der NPD Berlin-Brandenburg

bnr 24/95 - Neuer Landesvorsitzender der ***Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD)*** Berlin-Brandenburg wurde, auf dem 5. ordentlichen NPD-Landesparteitag Anfang November '95 der 39jährige Speditionskaufmann **Lutz Reichel**. Reichel löste den 29jährigen Versicherungskaufmann **Thilo Kabus** ab, der aus beruflichen Gründen nicht mehr kandidiert haben soll. Reichel war bereits 1990 Landesvorsitzender der NPD in Berlin und gehörte zuletzt dem Landesvorstand als Beisitzer an. Kabus war von 1989 bis 1990 Bundesvorsitzender der ***Jungen Nationaldemokraten (JN)*** und viele Jahre auf der Landesebene, unter anderem als JN-Landeschef, aktiv.

REP-Infotelefon

NIT 1.12.95 - Der Landesverband der ***Republikaner*** hat beschlossen das Infotelefon wieder in Betrieb zu nehmen. Die Telefonnummer ist: 030 - 462 89 17.

Haftbefehl für Betrüger

JW 9.12.95 - Im Zusammenhang mit der gefälschten eidesstattlichen Erklärung, die am 31. Mai '95 im Solingen-Prozeß für einen Eklat gesorgt hatte, ist ein 46jähriger Mann aus Berlin verhaftet worden. Dieser hatte den Brief, dem eine Kopie einer angeblichen notariellen Verhandlung beigelegt war, geschrieben, in dem ein türkischer Kaufmann des Brandanschlages beschuldigt wurde. Dem Musikwissenschaftler werden nun Urkundenfälschung, falsche Verdächtigung und versuchte Strafvereitelung vorgeworfen.

Nazi-Propaganda für Polizeischüler

NIT 29.11.95 - Nicht schlecht werden einige Polizeischüler gestaunt haben, als ihnen am 29. November '95 kurz vor Schulbeginn ein Naziflugblatt in die Hände gedrückt wurde. In diesem wird die angebliche Steuerverschwendung der Polizei bei Einsätzen gegen Neo-Nazis bejammert und gefordert daß man gegen Ausländer noch härter vorgehen müsse. Laut dem ***Nationalen Infotelefon*** Berlin, hat das Flugblatt in mehreren Klassen für „lebhafte Diskussionen" gesorgt.

Polizist bleibt entlassen

ND 9.11.95 - Die Entlassung eines Polizisten, welcher das "Horst-Wessel-Lied" gesungen hatte, ist rechtmäßig. Dies entschied das Berliner Verwaltungsgericht Anfang November '95 in einem Eilverfahrern. Der zum Zeitpunkt der Tat noch im Beamtenverhältnis auf Probe stehende Polizist hatte 1992 in einer Laubenkolonie seine Umgebung mit dem NSDAP-Parteilied belästigt.

Ermittlung gegen Polizisten

Tsp, JW 28.11.95 - Gegen einen Berliner Polizisten, welcher einen libanesischen Rollstuhlfahrer geschlagen haben soll, wurde ein Ermittlungsverfahren wegen Körperverletzung eingeleitet. Der Beamte soll den Libanesen Mitte November '95 auf der Straße angehalten, grundlos geschlagen und verletzt haben. Danach soll der Polizist versucht haben, sein Opfer dazu zu bewegen, seine Anzeige gegen ihn zurückzunehmen.

Gute Kontakte der „Staatsbriefe"

WGA, BBZ 2/93, 5/95, Taz 28.4.93, Staatsbriefe - Gute Kontakte scheinen zwischen den beiden Zeitungen ***Staatsbriefe*** und ***Sleipnir*** zu exestieren. Diese beiden Zeitungen versuchen rechtsradikales Gedankengut gemischt mit gutbürgerlichen Themen unter die Leute zu bringen. Von der Zeitung Staatsbriefe ist aber schon seit längerem bekannt, daß sie mit der rechtsradikalen Partei ***Die Nationalen*** zusammenarbeitet. So fand am 8. März '93 in Treptow eine gemeinsame Veranstaltung von den Nationalen und der ***Berliner Kulturgemeinschaft Preußen*** statt. Referent auf dieser Veranstaltung war der Staatsbriefe-Herausgeber **Hans-Dietrich Sander**. In der Zeitung der Nationalen, der ***Berlin-Brandenburger Zeitung***, befand sich auch schon eine Anzeige für die Staatsbriefe. Die Kontakte zwischen den Staatsbriefen und Sleipnir werden in der neusten Ausgabe der Staatabriefe deutlich. Hier bejammert Sander sein geplatztes Lesertreffen. Dieses sollte am 29. Oktober '95 im Restaurant Janus stattfinden. Einige Antifas besuchten einen Tag vor dem Treffen das Restaurant und informierten die Gäste und die Belegschaft über das rechtsextremistische Treiben (siehe WGA #11). Der Inhaber **G. Zimmermann** informierte die Polizei und beschloß mit ihr zusammen, das Restaurant für die vorgesehene Zeit „wegen Stromausfalls" zu schließen. Das mußte auch Hans-Dietrich Sander feststellen, als er zusammen mit dem Sleipnir-Mitherausgeber **Andreas Röhler** am „Janus" erschien. Hier entdeckte er auch prompt „im Hintergrund eine autonome Front, von der nur Schattenrisse wahrgenommen werden konnten". Einige Staatsbriefe-Abonnenten seien „sogar schon am U-Bahnhof umgekehrt. Es erschien ihnen manches nicht geheuer". Tja, das Treffen war geplatzt und Herr Sander konnte sich nur kurz mit dem „tapferen Häuflein" Besucher unterhalten, das erschienen war. Das größte Pech hatten hier wohl „ein Abonnent aus Halle, sein Sohn und ein junger Arbeiter aus Merseburg": Diese waren extra wegen dem Treffen nach Berlin gekommen. Abends ging Sander dann mit zwei Leidensgenossen ins Janus, wo ihm der Wirt von der Antifa-Aktion erzählte. Sander geht aber trotzdem hartnäckig davon aus, „daß bei dieser Aktion die Berliner Polizei die treibende Kraft gewesen ist". Der „junge Arbeiter aus Merseburg" wurde nämlich von der Polizei festgenommen, weil er auf „seiner Jacke ein paar Wehrmachtswapperl trug". Er wurde verhört, erkennungsdienstlich behandelt und in eine Zelle gesperrt. Das Haus seiner Eltern in Merseburg wurde von der Polizei durchsucht. Für Sander hat „die Bonner Republik" damit „eine Grenze überschritten, hinter der Staatsterrorismus beginnt". Bei dieser Gelegenheit bringt Sander dann wieder „Andreas Röhlers Zeitschrift Sleipnir" ins Spiel, deren Nummern 2-5 von der Polizei beschlagnahmt worden ist.

Nazi-Reisebus durchsucht

Tsp, Taz, BeZe 28.11.95 - Am 26. November '95 durchsuchte die Polizei einen am S-Bahnhof Pankow-Heinersdorf geparkten Reisebus voller Neonazis. Von den 45 überprüften Nazi-Skins wurden 17 vorübergehend festgenommen. Gegen sie wird wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungsfeindlicher Organisationen ermittelt, da sie Aufnäher, Sticker und Armbinden von der verbotenen ***FAP***, der ***Hitlerjugend***, der ***Nationalistischen Front (NF)***, der ***SS*** sowie diverse Gau-Abzeichen trugen. Die Polizei hatte einen Hinweis erhalten, daß rund 50 angetrunkene und gewaltbereite Rechtsextreme auf der Rückfahrt von einem Konzert im schwedischen Göteborg seien. Am 25. November '95 hatten sich dort rund 500 Neonazis zu einem Treffen versammelt, gegen welches gleichzeitig 600 AntifaschistInnen demonstrierten (siehe International).

GEW gegen antirassistische Kritiker?

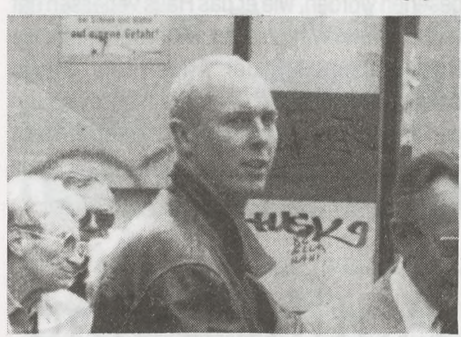
RAG #15, Taz 30.6.95 - Die ***Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)*** Kreuzberg gab in den letzten 10 Jahren eine eigene Bezirkszeitschrift heraus, den ***trend***. Diese Zeitschrift gibt es nun nicht mehr. Die GEW Kreuzberg hat den Rücktritt der trend-Redakteure gefordert und dieses auch nach einer längeren Kampagne erreicht. Der Grund war eine Auseinandersetzung um den Schulrat in Kreuzberg, **Peter Radusch** (CDU), der sich gegenüber einigen seiner Untergebenen mit rassistischen Äußerungen hervortat. Die trend-MacherInnen druckten daraufhin eine „persönliche Erklärung" eines ihrer Redakteure ab, die dieser im „Personalrat der Lehrer und Erzieher" (PRLE) als Mitglied dieses Gremiums dort abgegeben hatte. Er gab mit dieser Erklärung bekannt, nicht länger an den sog. Monatsgesprächen teilzunehmen, solange Herr Radusch im Amt sei bzw. er sich nicht bei seinen Opfern für die diskriminierenden Äußerungen entschuldigt habe. Nach Abdruck dieser Erklärung befahl die GEW Kreuzberg ein Vertriebsverbot der Ausgabe, ihre Begründung war: Die trend-Macher hätten erst den Herausgeber, also Bezirksleitung der GEW bzw. deren Vorsitzenden, informieren müssen. Dies ist falsch, denn in dem statutenmäßigen Selbstverständnis der GEW Kreuzberg und der trend-MacherInnen steht: *„Der trend wird weiterhin kein Verlautbarungsorgan sein, die Redaktion unabhängig vom Herausgeber bleiben."* Um die Herausgeber von der Verantwortung zu entlasten, änderte die Redaktion das Impressum mit Aufklebern und gab sich selbst als Herausgeber an. Die 2.000 bereits gedruckten Exemplare wurden an die Schulen verschickt. Nun lief die GEW Amok und forderte den Rücktritt der Redakteure, die Bezahlung der Druckkosten durch diese und den Rücktritt der trend-Macher von ihren

Achtung!
Nicht vergessen:
Am **20. Januar '96**
ist der
Redaktionsschluß
für die nächste
Was geht ab?

jeweiligen Kandidaturen zu den gerade anstehenden Personalratswahlen. Die Bezirksleitung beabsichtigte, diese Forderungen von einer nicht ordnungsgemäßen Mitgliederversammlung absegnen zu lassen, was jedoch nicht gelang. Die trend-MacherInnen mußten trotzdem gehen, die Zeitschrift ist tot, und der PRLE braucht keine Kritik mehr zu fürchten.

Profilierungsgeiler Rechter nervt Antifas

WGA, Infoblatt, Denkzettel u.a. - Aurel Archner aus Berlin scheint sich in der Nähe von Antifas sehr wohl zu fühlen, er taucht z.B. am Rande von Antifa-Demos auf, mischt sich gerne unter Linke usw. Schon lange belästigt er seine Umgebung mit rechtsradikaler Propaganda. Halbe Stadtteile wurden durch seine Aufklebern verschandelt, um sich so fanatische „Spuckie-Kriege" mit Antifas zu führen. Sogar bis in den Mehringhof wagte man sich mutigerweise vor, um ein paar Aufkleber zu verkleben, welche schlaue Sprüche wie *„Deutschland macht Spaß"* oder *„Ich hab' nichts. Ich bin nichts. Ich kann nichts. Ich geh' zur Antifa"* beinhalten. Genau dieses Motiv fand sich auch auf der Titelseite der Nazi-Zeitung ***Junges Franken*** wieder, als Copyright natürlich Aurel Archner; das „Junge Franken" beteiligt sich aktiv an der Anti-Antifa. Um den Spuckie-Kampf gegen Links noch zu perfektionieren wurde an alle bisherigen Interessenten Archners ein anonymer Brief unter dem Namen ***Gegenwind*** verschickt. In diesem Brief wurden die überraschten Leser dazu aufgefordert, konspirative Spuckieklebetruppen von *„2 bis max. 5 Personen"* zu gründen, um *„den Linken eine zu kleben"*, denn: *„Es geht ums Ganze, um Deutschland, unser Fortbestehen, um unsere Kinder und Enkel"*. Dem Brief war eine Diskette mit diversen Motiven, die man sich dann ausdrucken konnte, Spuckiepapier, Motiv-Vorlagen, genauesten Erklärungen wie man die Spuckies am besten wo und wann anklebt sowie die ausführliche Bauanleitung einer Spuckiebefeuchtungs-Seifendose beigelegt. Der Appell war: *„Selbstredend müssen wir in die Öffentlichkeit. Sonst haben wir und dieses Land bald gar keine Wahl mehr! Neue Zeiten erfordern neue Wege, unsere Hauptmittel sind: Vorgefertigte und schnell zu klebende Spuckis (wie die Linken)..."* Dummerweise fand der sechsseitige Brief keinerlei Beachtung, weder bei seinen Kameraden, die anscheinend keine Lust verspürten sich an solchen Propagandaschlachten zu beteiligen, noch bei Berliner AntifaschistInnen, denen das ganze zu blöd war, um sich näher damit zu beschäftigen. Um also doch noch auf sich aufmerksam zu machen, schrieb man einen Brief an die ***Antifaschistische Initiative Moabit (AIM)*** mit folgenden Inhalt: *„Hallo Ihr Arschlöcher, wie findet Ihr unsere Aktion. Wir haben sage und schreibe 10. 000 solcher Umschläge versendet. Und das in ganz Deutschland! Jetzt haben die Leute endlich die Möglichkeit, sich gegen LINKEN Meinungsterror zu wehren. Mit freundlichen Grüßen EURE AG GEGENWIND"*. Später wurde es dann zum Hobby Archners, diverse Antifa-Gruppen mit Info-Paketen des rechten Vertriebs ***W/D&I*** (Postfach 370 124, 14131 Berlin) zu versorgen. Über diese Agentur vertreibt Archner seine Propaganda und das Postfach nutzt er auch als private ViSdP-Anschrift, desweiteren wirbt er für die PM-Agentur. Nach Aussagen einiger Antifas, wird das Berliner Büro der ***Provit Marketing Werbeagentur GmbH***, von **Götz Meidinger** (ehemals Geschäftsführer der ***Jungen Freiheit***) betrieben, „Art Direktor" ist Aurel Archner. Es gibt Filialen der „Provit Marketing" in Berlin, Dresden, Leipzig, München und Stuttgart. Beim Stuttgarter Büro arbeitet auch der ***FAP***-Funktionär **Falco Schüssler** mit, was in dem Prozeß gegen ihn bekannt wurde. Interessanterweise konnten sich einige der Antifa-Gruppen, welche von Archner angeschrieben wurden, oft über Bestellungen freuen, welche sie nie aufgegeben hatten (ein Trick der schon seit Jahren angewendet wird). Und es waren auch eben genau die Antifa-Gruppen, die gefälschte ***Edelweiß-Piraten***-Flugblätter (siehe Seite 12 und WGA #11) erhielten. Aktiv ist Archner u.a. bei der ***NPD***. So gestaltet er dort die Plakate, Aufkleber usw. in der Schülerzeitung der ***Jungen Nationaldemokraten (JN)***, dem ***Denkzettel*** und tauchte dort auch als Redaktionsmitglied auf. Layoutet wurde der Denkzettel vom W/D&I. Auch bei den ***Unabhängigen Ökologen Deutschlands (UÖD)*** mischt Archner mit, 1993 war er dort der Vorsitzende mit dem Motto *„Ökologisch ohne rot zu werden"*. Nach Angaben des "Antifaschistischen Infoblattes" war er auch bei einer Veranstaltung des ***Hoffmann-von-Fallersleben-Bildungswerkes*** in Berlin. Eine Veranstaltung, bei der sich Berliner Rechtsextremisten aller Coleur trafen (auch dabei z.B. der „Nationalen"-Kandidat **Detlef Cholewa**). Beim Berliner Vertriebentreffen in der Sömmeringhalle im Herbst '95 tauchte er zusammen mit dem Nazikader **Christian Wendt** auf und verteilte Flugblätter. Als Kontaktadresse war die oben genannte Anschrift der Agentur angegeben. Dazu auch noch das Sorgentelefon: 030 692 87 79.



Aurel Archner

Erinnerung an Silvio

JW, Taz, JAF 27.11.95 - Unter dem Motto „Antifa heißt Angriff" demonstrierten am 25. November '95 rund 350 AntifaschistInnen in Friedrichshain. In einer Erklärung heißt es: *„Wir wollen das Andenken an Silvio und die unzähligen anderen Opfer des rechten Terrors aufrechterhalten. Vor allem aber wollen wir zeigen: Die Faschisten und ihre Wegbereiter in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft haben weiterhin mit unserem Widerstand zu rechnen! Nichts ist vergeben - und nichts ist vergessen!"* Die Demonstration ansich verlief friedlich, doch nach der Abschlußkundgebung am U-Bahnhof Samariterstraße, wo am 21. November '92 der Hausbesetzer und Antifaschist Silvio Meier von Rechtsradikalen erstochen wurde, kam es in der Kreutziger Straße zu Straßenschlachten zwischen der Polizei und einigen Jugendlichen. Dabei wurden drei Jugendliche schwer verletzt und 17 der etwa 300 Polizisten leicht verletzt.

Vortrags- und Diskussionsveranstaltung mit
Martin Beckmann
(Ex - 43 Group)

zum Thema

Antifaschistischer Kampf in Großbritannien 1946-1950

Ort: Berlin-Kreuzberg
im **Kato**
(im U-Bhf. Schlesisches Tor)
Zeit: **18. Januar '96**
um **19.30 Uhr**

Organisiert von
- Antifa-Pressearchiv und Bildungszentrum e.V.
- Harald-Kater-Verlag
- Edelweiß-Piraten Berlin

Hungerstreik im Abschiebeknast

Taz, JW 22./23.11., Taz 16.12.95 - Am 20. November '95 traten 45 Abschiebehäftlinge, aus dem Abschiebeknast Kruppstraße in einen mehrtägigen Hungerstreik. Sie protestierten gegen ihre schlechten Haftbedingungen und einer zu langen Haftdauer, einige sind seit sieben bzw. neun Monaten eingesperrt. Sie kritisieren die medizinische Versorgung, die schikanöse Behandlung durch Wärter und Ausländerbehörden und daß sie Essen bekommen, dessen Verfallsdatum längst abgelaufen ist. So ist es kein Wunder, das sich unter den ersten Personen, die in das neu erbaute Abschiebegefängnis in Köpenick gesperrt wurden eben die Häftlinge befanden, welche sich am Hungerstreik beteiligten.

Verfassungsbeschwerde für Neonazi

bnr 24/95 - Der Hamburger Rechtsanwalt **Dr. Eisenecker** hat, so das ***Berliner Nationale Infotelefon (NIT)***, Verfassungsbeschwere für **Marcus Bischoff** in Karlsruhe eingelegt. Bischoff befand sich ab dem 16. August '95 für zwei Monate im Hungerstreik, um gegen seine Haftbedingungen zu protestieren (siehe WGA# 11). Der Berliner Nazi-Aktivist war in der nun verbotenen ***Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP)***, in der ***Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene (HNG)*** sowie, laut Antifa-Infoblatt, Mitglied in der Berliner ***Anti-Antifa***. Außerdem arbeitete er beim ***NS-Denkzettel*** mit. Dieser wurde von der militanten Nazigruppe ***Weißer Arischer Widerstand (WAW)*** verbreitet. Am 10. März '95 wurde der damals 34jährige Nazikader u.a. wegen Verbreitung des NS-Denkzettels und Aufstachelung zum Rassenhaß zu zwei Jahren Haft verurteilt. Als Entlastungszeuge trat auch der bekannte Nazikader **Arnulf Priem** auf (WGA #5). Der Rechtsanwalt Dr. Eisenecker fiel bereits auf, als er den Nazi-Kader Meinolf Schönborn (u.a. Nationalistische Front) bei dessen jüngsten Verfahren vor dem Dortmunder Landesgericht verteidigte (siehe WGA #9).

Brandenburg

"Nationalen"-Erfolg an Schulen

NIT 24.11.95 - Als ihren Erfolg feiern die ***Nationalen*** die Tatsache, daß nun an mehreren Gymnasien im Landkreis Priegnitz die Pflege deutsche Kriegsgräber im Ausland auf der Tagesordnung stehen soll. Das ***Junge Nationale Spektrum (JNS)*** spricht davon, daß sich ihre Gruppe, die dort etwa 20 Mitglieder umfassen soll, dafür eingesetzt habe. Die erste Fahrt wird aus Kostengründen erst im Oktober '96 stattfinden. Als Ansprechpartner für das Projekt sind **Frau Peter** und **Herr Neumann** vom Gymnasium Wittenberge unter der Telefonnummer 03877-3955 zuständig.

Schlägerei mit 30 Nazis

BZ 27.11.95 - In der Nacht zum 26. November '95 haben 30 rechtsradikale Jugendliche am Potsdamer Blauhaus eine Schlägerei provoziert. Es wurden zwei Personen verletzt. Einer der Schläger wurde verhaftet.

Ehrenfriedhof geschändet

JW 23.11.95 - In Potsdam wurde der sowjetische Ehrenfriedhof am Bassiplatz geschändet. Es wurden drei Grabsteine aus der Verankerung gerissen und Kränze herumgeworfen.

Dolgenbrodt-Prozeß

JW 9.15.12.95 - Im Fall Dolgenbrodt ist immer noch kein Ende in Sicht. Der Prozeß wurde 1995, wie es eigentlich vorgesehen war, nicht mehr beendet. Es gibt einen neuen Zeugen der behauptet, daß am Tag vor der Tat ein unbekannter, kurzgeschorener jungen Mann mit einem weißen Pkw Golf zehnmal vor dem Asylbewerberheim langfahren ist. Der Mann sei außerdem am nächsten Morgen bei einem der Nachbarn des Heims gesehen worden, wie er das Haus verlassen hat und in seinen Wagen stieg. Es ist außerdem die Rede davon, daß der Angeklagte **Silvio Jankowski** nur nach dem Strafmaß eines Jugendlichen verurteilt werden soll, weil er sich zum Zeitpunkt der Tat noch „nicht in der Reife eines Erwachsenen" befunden habe.

Antifa-Demo in Rathenow

JW 12.12.95, WGA - Am 9. Dezember '95 fand in Rathenow eine Demonstration gegen die ***Nationalen*** und für ein Selbstverwaltetes linkes Jugendzentrum statt. Es beteiligten sich etwa 400 zumeist junge AntifaschistInnen, die zum großen Teil aus Berlin kamen. Die Polizei kontrollierte schon auf den Zufahrtsstraßen nach Rathenow. Von den Nationalen war eine Gegendemonstration angemeldet, die jedoch einen Tag vorher verboten wurde. Aus der großkotzigen Ankündigung von **Christian Wendt**, daß sich im Falle eines Verbots der Demo die „Nationalen„ der Antifa-Demo anschließen würden, ist nichts geworden, jedoch liefen teilweise schon ein paar seltsame Leute mit. Fast am Schluß der Demonstration standen noch am Rand fünf Nazis, die von den Rathenower Antifas erkannt wurden. Sie wurden mit kurzen Fahnenstangen angegriffen, zwei von ihnen wurden verhaftet. Es wurde außerdem ein Antifaschist festgenommen, der jedoch kurze Zeit später wieder freikam.

Multikulturelles Fest

DGB - Am 20. und 21. Januar '96 finden in Eberswalde-Finow die „1. Interkulturellen Fest- und Projekttage Brandenburg-Berlin" im Jugendklub „Bahnhof" statt. Es soll getanzt und Theater gespielt werden, es werden Ausstellungen und Videos gezeigt und diskutiert. Jugendinitiativen aus Brandenburg und Berlin stellen sich vor. Beginn ist um 11.00 Uhr. Bei Fragen kann montags, mitwochs und freitags die Telefonnummer 0331 - 280 00 27 angerufen werden.

Bremen

DVU in Bremerhaven

DESG 10.11.95 - Die **Deutsche Volksunion (DVU)** hat es zum ersten Mal geschafft, das dritte Mal in Folge in ein Großstadt-Parlament einzuziehen. Sie erhielt in Bremerhaven 5,7% der Stimmen. Der Fraktionsvorsitzende ist **Siegfried Tittmann**. Die ebenfalls zur Wahl angetretene rechtsradikale ***NPD*** bekamen nur 0,2%.

Hamburg

Hetzschrift von Polizisten

Taz 1.12.95 - Einem Polizisten der Davidswache droht die Entlassung, nachdem er unter Kollegen eine Hetzschrift verteilte. Diese enthält faschistoide, menschenverachtende Reime. Der Polizist ist schon früher durch rassistische Sprüche und Verhaltensweisen aufgefallen.

Selbstmordversuch

JW 15.112.95 - In der Nacht zum 14. Dezember '95 hat sich der 17jährige Kurde **Necmettin T.** vor dem Hauptbahnhof angezündet. Er überlebte mit lebensgefährlichen Verletzungen. Sein Asylantrag war abgelehnt worden und er sollte am 14. Dezember abgeschoben werden.

Hessen

Soli-Demo in Kassel

JW 4.12.95 - Etwa 500 Menschen haben am 2. Dezember '95 in Kassel gegen Abschiebehaft und rassistische Sondergesetze demonstriert. Zu der Demo hatten Uni-Gruppen sowie antifaschistische Initiativen aus etwa 20 verschiedenen Orten aufgerufen. Sie sollte den Protest von Abschiebehäftlingen gegen willkürlich verhängte Inhaftierung, rassistische Behandlung und körperliche Mißhandlung unterstützen. Die DemonstrantInnen setzten sich für ein Bleiberecht aller Flüchtlinge in Europa ein und forderten Freiheit für die Meuterer des Ab-

schiebeknastes Elwe. In diesem Kasseler Gefängnis hatten am 24. Juli '94 mehrere überwiegend algerische Abschiebehäftlinge einen Gefängniswärter als Geisel genommen.

Ex-GSG 9'ler verurteilt

JW 20.11.95 - Ein ehemaliger *BGS*-Beamte ist vom Landgericht Kassel für schuldig befunden worden, bei einem Aufstand von Abschiebehäftlingen in der Kasseler Untersuchungshaftanstalt „Elwe" im Juli '94 Körperverletzung im Amt begangen zu haben. Vom Gericht wurde ein Freispruch aus der ersten Instanz aufgehoben und der 27jährige zu einer für zwei Jahre auf Bewährung ausgesetzten Geldstrafe von 4.800 Mark verurteilt. Das Verfahren war durch den Vorsitzenden des Angeklagten eingeleitet worden. Auch ehemaige Kollegen traten als Belastungszeugen auf und schilderten den Angriff des *GSG 9*lers auf einen Algerier. Der Richter kritisierte die schlechte Ermittlungsarbeit bei der Aufklärung des Falles. Weitere Mißhandlungsvorwürfe gibt es gegen mehrere Justizvollzugsbeamte. Die Staatsanwaltschaft läßt dazu seit einem halben Jahr verlauten, daß die Ermittlungen in Kürze abgeschlossen seien. Unterdessen werden die Zeugen nach und nach abgeschoben. Von den am Knastaufstand beteiligten Häftlingen wurden vom Landgericht Kassel inzwischen zwölf Algerier zu Haftstrafen zwischen 18 Monaten und fünfeinhalb Jahren verurteilt.

Mecklenburg-Vorpommern

Faschos festgenommen

Taz 23.11., BeZe 24.11.95 - In Greifswald sind zwei rechtsextreme Jugendliche im Alter von 16 und 18 Jahren festgenommen worden. Sie stehen in Verdacht, am 21. November '95 in Greifswald einen afghanischen Studenten überfallen zu haben. Der Student wurde geschlagen, getreten und mit einem Messer am Arm verletzt. Es wurde Haftbefehl erlassen. Einer der beiden Jugendlichen ist als Angehöriger der Neonazi-Szene in Greifswald bekannt.

Rassisten auf Polizeischule

JW 1.12.95 - Die Staatsanwaltschaft Neubrandenburg ermittelt wegen ausländerfeindlichen Vorfällen an der Landespolizeischule Mecklenburg-Vorpommerns in Neustrelitz. Auf einer privaten Feier hatten mehrere Polizisten Parolen wie „Deutschland den Deutschen, Ausländer raus" gerufen. Die „konkrete Zuordnung, wer was geäußert habe", gestalte sich aber angeblich sehr schwer.

Niedersachsen

Nazi-Konzert geplant

JW 14.12., 18.12.95 - Der ehemalige Landesvorsitzende der verbotenen *FAP*, **Thorsten Heise**, hat mal wieder ein Konzert mit diversen Nazi-Bands geplant. Heise veranstaltet regelmäßig solche Konzerte, zuletzt im Oktober '95 mit Bands wie *Freikorps* und *Endstufe* (siehe WGA #11). Die englische Nazi-Band *No Remorse* war im Oktober ebenfalls bei Heise zu Gast. Die brachten dann auch gleich eine Abordnung aus Cardiff mit, welche wahrscheinlich Mitglieder der faschistischen englischen Nazigruppe *Combat 18* waren. Doch diesmal machte die Kreisverwaltung Göttingen ihm einen Strich durch die Rechnung. Sie sprach ein flächendeckendes Verbot für geplante Nazi-Veranstaltungen aus. Heise bemühte sich um einen Ausweichort im Ostharz, doch nach Angaben einiger Antifa-Gruppen ist ihm das nicht gelungen. Am 16. Dezember '95 demonstrierten dann etwa 100 Menschen vor Heises Grundstück in Northeim gegen ein ebenfalls geplantes Neonazi-Treffen. Aufgerufen dazu hatte ein Bündnis aus *Antifa (M)*, GewerkschafterInnen, *BürgerInnen gegen Rechtsextremismus* und *Bündnis 90/Grünen.*

Anklage gegen Antifas

Antifaplenum OL - Am 5. März '94 wurde ein Stand der *Republikaner* in der Oldenburger Fußgängerzone von Antifas mit brauner Farbe überkippt und der Tapeziertisch zerbrochen. An dem Stand beteiligt waren auch Mitglieder der *Freien Kameradschaft Oldenburg*. Die Polizei nahm die Personalien zweier Antifaschisten auf, die sich in der Nähe des Standes befanden. Gegen einen der beiden wurde das Ermittlungsverfahren eingestellt, während der andere einen Strafbefehl bekam. Von der Anklage wird behauptet, er wurde festgenommen, als er „im Begriff war" den Infostand der REP's umzureißen. Er soll 2.299DM zahlen, oder für 90 Tage in den Knast. Obwohl fünf von sieben Zeugen für den Angeklagten sprachen, stützte sich der Richter **Große** auf die Aussagen der beiden Polizisten. Der erste Gerichtstermin war am 7. Dezember '95, die nächsten sind am 2., 12. und am 22. Januar '96. Dazu werden auch Republikaner aus Oldenburg als Zeugen geladen. Am 2. Januar **Domschke** und **Frerk** und am 12. Januar **Klein** und **Westerwinter**.

Freiheitsstrafe gegen Thorsten Heise

API 17.11.95 - Das Landgericht Göttingen hat die Berufung des ehemaligen *FAP*-Landesvorsitzenden **Thorsten Heise** zurückgewiesen. Dieser war vom Amtsgericht zu einer achtmonatigen Haftstrafe wegen gefährlicher Körperverletzung und Nötigung verurteilt worden. Da er aber schon sechseinhalb Monate in Untersuchungshaft gesessen hatte, muß er nur noch für eineinhalb Monate in den Knast. Er war verurteilt worden, weil er 1994 mit einem Schreckschußrevolver Tränengasgranaten in eine Abiturientenfeier in Sudheim gefeuert hatte. Dabei wurden mehrere SchülerInnen verletzt.

Antifaschistischer Spaziergang

BgR - Am 17. Dezember '95 fand in Hetendorf der 3. Antifaschistische Sonntagsspaziergang statt. Dieser richtete sich gegen das faschistische Schulungszentrum in Hetendorf. Anschließend fand eine Kundgebung im ehemaligen Konzentrationslager Bergen-Belsen statt.

Nazi-Flugblätter zum Jahrestag von Mölln

NIT 27.11.95 - Am Tag des 3. Jahrestages des Brandanschlags in Mölln, bei dem drei Türkinnen ums Leben kamen, wurden in der Stadt faschistische Flugblätter verteilt, in denen es um den Überlebenden des Anschlags, **Faruk Arslan**, ging. Dieser versucht jetzt mit Hilfe des Anwalts Hans Christian Ströbele gegen die Verfasser der Flugblätter vorzugehen.

Nazi-Zeitung

bnr 24/95 - Die 2. Ausgabe der rechtsextremen Zeitschrift ***Aufbruch*** ist mit einer Auflage von 12.000 Exemplaren erschienen. Verleger ist der ***MDV-Verlag*** in Sibbesse. Dieser wurde 1991 von dem Neonazi **Oliver Bode** gegründet. Bode ist ehemaliger Mitarbeiter des "Referates für Sicherheit" des ***Komitees zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers (KAH)*** und Funktionär des ***Deutschen Jugendbildungswerkes (DJBW)***. Im Angebot des MDV befinden sich unter anderem Schriften der rassistischen ***Artgemeinschaft*** **Jürgen Riegers** und Bücher über militärischen Nahkampf und Sprengfallen.

Nordrhein-Westfalen

REP-Parteitag

Patriot 20.11.95 - Am 18. November '95 fand in Cappel bei Lippstadt der Landesparteitag der ***Republikaner*** statt. Die 200 Deligierten versteckten sich hinter geschlossenen Rolläden, beschützt von etwa 150 Polizisten. Das konspirativ organisierte Treffen konnte ohne Störungen abgehalten werden. Selbst die Teilnehmer wußten nicht, wo es stattfinden würde, sie wurden zu einer Autobahnausfahrt bei Beckum bestellt, von wo aus sie weitergeleitet wurden. Die Polizei war von dem Treffen vorher nicht informiert worden, sondern wurde erst gerufen, als es bereits begann. Sie gab sich sehr überrascht. Anders jedoch einige AntifaschistInnen, die einen Teil der Deligierten an der Autobahnabfahrt in Empfang nahm. Dabei kam es zu einigen Rangeleien, jedoch konnte verhindert werden, daß die Antifas den Republikaner folgten. In Cappel waren es dann aber einige BewohnerInnen, die ihren Ärger lautstark kundtaten. Der Bürgermeister des Ortes zeigte sich ebenfalls bestürzt darüber, daß es den REPs gelungen war, den Inhaber des Gasthofes arglistig zu täuschen. Dieser bestätigte, daß er sich übertölpelt fühle. Der Saal wurde 14 Tage vorher telefonisch für eine politische Versammlung angemietet, doch daß es sich dabei um einen REP-Parteitag handelt, habe er erst am Tag der Veranstaltung erfahren.

Polizeischutz für Neonazis

JW 28.11.95 - Ende Oktober '95 verschickte der Bundesgeschäftsführer des ***Arbeitskreises Deutsche Interessen (ADI)***, der Solinger **Bernd Koch**, eine Einladung an „alle Kameraden der Nationalen Sache", am Totensonntag in Solingen einen „Helden" des ersten Weltkrieges zu ehren - den Jagdflieger **Karl Allmenröder**. Um dieses Nazitreffen zu verhindern, mobilisierten AntifaschistInnen zu einer Gegenkundgebung. Rund 200 harrten denn auch am Sonntag, den 26. November '95 gute zwei Stunden vor dem Hause Kochs aus, bis sie sicher waren, daß sich hier keine weiteren „Kameraden" versammelt hatten. Als später in einem anderen Solinger Stadtteil etwa 60 von ihnen aus dem Rheinland, dem Ruhrgebiet, den Niederlanden und Norddeutschland doch noch, mit Fackeln und einem Kranz ausgerüstet, in den Solinger Wald auf einen „Ehrenfriedhof" zogen, war das Spektakel mit der Polizei offenbar genau abgestimmt. Laut einer Mitteilung der Antifas hatte der Staatsschutz gegen 12.50 Uhr noch über Funk mitgeteilt: „Die Lage in der rechten Szene ist wie besprochen. Wir haben gerade noch Kontakt gehabt." Auch die Tatsache, daß die Einsatzhundertschaft nach dem Ende der Antifa-Demo nicht nach Wuppertal zurückfuhr, sondern sich in unmittelbarere Nähe des späteren Versammlungsortes der „Kameraden der Nationalen Sache" postierte, spricht für sich. Trotz unmittelbarer Nähe wartete die Polizei auf einen Hinweis der Bevölkerung und war erst 45 Minuten später am Versammlungsort, um schließlich eine Streifenwagenbesatzung die abgestellten Pkw beobachten zu lassen. Nachdem die FaschistInnen ihren Kranz niedergelegt hatten, konnten sie ungestört - unter den Augen der Polizei und entsetzter BürgerInnen - die Heimfahrt antreten. Solinger Antifas und Einwohner verlangen jetzt eine lückenlose Aufklärung des Polizeieinsatzes, sowie der Verbindungen zwischen Staatsschutz und den Faschisten. Das Polizeipräsidium Wuppertal allerdings behauptete zunächst, es habe gar keinen Aufmarsch gegeben - was aufgrund von Augenzeugenberichten im Laufe des 27. November '95 wieder zurückgenommen werden mußte.

Verbot für Schönhuber-Stiftung

JW 11.12.95 - Das Oberverwaltungsgericht Münster hat in zweiter Instanz entschieden, daß Innenminister **Josef Kniola *(SPD)*** den ***Republikanern*** die geplante Gründung der „Franz-Schönhuber-Stiftung" untersagen darf. Die Richter korrigierten damit das Urteil des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf, das die Landesregierung zur Genehmigung der Stiftung verpflichtet hatte.

Flugblattaktion gegen FAP

Antifa Niederkassel - Die ***Antifa Niederkassel*** verteilte in der Nacht des 28. November '95 in Niederkassel-Rheidt ein Flugblatt über den ***FAP***-Aktivisten **Jan Lippert**. Dieser war mehrere Jahre Parteiaktivist und gehörte bis zum FAP-Verbot dem „Jugendvorstand" im Kreis Rhein-Sieg an. Darüberhinaus hat er umfangreiche Kontakte zur rechten Szene in Bonn aufgebaut. Erst vor kurzem wurde der jüdische Friedhof in Mondorf geschändet. Die örtliche Antifa geht davon aus, daß die Täter zu dem Umfeld von Lippert und seinen Kameraden gehören.

Türkische Faschos an der Uni

Asta Uni Duisburg - Türkische Faschisten treiben an der Uni Duisburg ihr Unwesen. So wurden zum Beispiel in einem Unigebäude öfters Aufkleber der faschistischen Organisation ***Graue Wölfe*** gesichtet. In einer vom Asta und allen integrierten und autonomen Referaten verfaßten Resolution distanzierten diese sich von den Grauen Wölfen und erklärten, daß Menschen, die faschistische Symbole tragen oder faschistische Flugblätter verteilen wollen, in den Räumen des Asta nichts zu suchen hätten. Nur das AusländerInnenreferat distanzierte sich nicht von den Grauen Wölfen und erklärte, die Grauen Wölfe seien keine faschistische Organisation und hätten ein Recht, die Asta-Räume zu betreten. Ein Exemplar der Resolution des AusländerInnenreferates, welches in deren Raum auslag, wurde mit dem Namen des ***MHP***-Führers **Alparslan Türkes** unterschrieben. Die MHP ist eine türkische faschistische Partei, die das Ziel hat, ein Großtürkisches Reich zu errichten.

NIT verkuppelt Rechtsextreme

NIT 31.10.95 - Um den Aufbau des „nationalen Widerstandes" in NRW weiter voranzutreiben, bietet das ***Nationale Infotelefon Rheinland (NIT)*** einen neuen Service an: Wenn sich unter den Anrufern Leute befinden, die in ihrem Ort keinen politischen Anschluß gefunden haben, aber „für ihre Gesinnung aktiv eintreten" wollen, dann vermittelt das NIT eine „Kameradschaft" in der Nähe des Anrufers. Diese wird dann benachrichtigt und setzt sich mit dem Anrufer in Verbindung.

Brandanschläge

JW 25.11.95 - Auf eine Polizeiwache und ein türkisches Vereinsheim im westfälischen Hagen sind in der Nacht zum 24. November '95 Brandanschläge verübt worden. Wie ein Polizeisprecher mitteilte, konnten die Brände schnell gelöscht werden. Verletzt wurde niemand. Den Angaben zufolge wurden an beiden Tatorten Reste von Brandbeschleunigern gefunden. Die Polizei wollte einen rechtsradikalen Hintergrund nicht ausschließen.

Observation gegen Antirassisten

JW 23.11.95 - Die ***Sozialistische Selbsthilfe Köln (SSK)*** hat am 22. Oktober '95 mitgeteilt, daß sie von der Polizei observiert werden sollte. Eine

gegenüber der Räume der SSK wohnende Nachbarin habe erklärt, sie sei von einem befreundeten Polizisten eines Mobilen Einsatzkommandos gefragt worden, ob in ihrer Wohnung für vier Wochen eine auf den Eingangsbereich des SSK gerichtete Kamera aufgestellt werden könne. Sie habe dies jedoch abgelehnt. Die SSK beteiligt sich vornehmlich an Kampagnen gegen die staatliche Abschiebepolitik.

Nazi-Parolen in Windeck

Antifa Niederkassel 12/95 - In der Nacht des 18. Novembers '95 wurden in dem Dorf Schabernack bei Windeck fast sämtliche Häuser mit antisemitischen Parolen, Hakenkreuzen und Davidsternen beschmiert. Die betroffenen BewohnerInnen erstatteten Anzeige bei der Polizei, die jedoch von den unbekannten Tätern noch keine Spur hat. Antifas aus der Region gehen davon aus, daß die Schmierereien in Zusammenhang mit der Verlagerung der Faschoaktivitäten von den Städten auf die Dörfer steht.

Sachsen

Rassistischer Überfall

JW 25.11.95 - In der Nacht zum 19. November '95 überfielen in Dresden Jung-Nazis sechs portugiesische Bauarbeiter und schlugen sie zusammen. Die rechtsradikalen Jugendlichen kamen von einer Diskothek in Groitz bei Borna, bevor sie ihren Überfall starteten. Vier der Portugiesen mußten anschließend ärztlich behandelt werden. Nach dem Überfall zerstörten die Jung-Nazis noch die Unterkünfte ihrer Opfer. Der Polizei gelang es, sieben der Täter festzunehmen.

NPD-Versammlung verboten

JW 7.12.95 - Stadtverwaltung und Polizei in Plauen haben die von der ***NPD*** für den 9. Dezember '95 beantragte Kundgebung verboten. Nach Angaben der Stadtverwaltung bezieht sich das Verbot sowohl auf die angemeldete Versammlung „Freiheit für **Günter Deckert** - Schluß mit der Verfolgung nationaler Bürger", als auch auf jegliche Form von Ersatzveranstaltungen. Grund für das Verbot seien die von der Veranstaltung ausgehende Gefährdung der öffentlichen Sicherheit.

„Nationalen"-Treffen

NIT 24.11.95 - Nach Angaben des Nationalen-Info-Telefons Berlins fand am 18. November '95 ein Treffen der ***Nationalen*** mit über 100 Leuten in Sachsen statt. Diese waren aus verschiedenen rechtsradikalen Gruppen zusammengekommen, um eine gemeinsame Arbeit zu koordinieren. **Udo Hempel** (Redakteur in der ***Berlin-Brandenburger Zeitung***) vom Landesverband Sachsen-Niederschlesien der Nationalen, verkündete, daß weitere Treffen geplant sind.

Gedenkmarsch in Haldensleben

DEMO

EPIs 15. Januar - Am 10. Februar '95 überfielen Rechtsradikale eine von alternativ lebenden Jugendlichen bewohnte WG in Haldensleben. Dabei wurden die BewohnerInnen u.a. mit Baseballkeulen geschlagen und verletzt. Einer von ihnen so schwer, daß er im Koma in ein Magdeburger Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Nur einigem Glück ist es zu verdanken, daß der Antifaschist überlebe. Die Faschisten G. Mantwitz aus (Alt-Haldensleben) sowie S. Voigt (Hundisburg) sollen hauptsächlich an dem Überfall beteiligt gewesen sein. Die Täter wurden zu äußerst milden Strafen verurteilt und damit schien für viele die Sache vergessen. Um an diesem Überfall zu erinnern wird es dieses Jahr einen Gedenkmarsch am Jahrestag der Tat geben, der von den *Edelweiß-Piraten 15. Januar* aus Haldesleben organisiert wird. Wer von außerhalb daran teilnehmen möchte, kann sich wegen Schlafplätze dort melden: EPIs / 15. Januar, Postfach 61, 39340 Haldensleben.

Gedenkmarsch
10. Februar '96
15.00 Uhr
Bahnhof Haldensleben
Danach Konzert in Hundisburg

Sachsen-Anhalt

Magdeburg: Freispruch

JW 13.12.95 - Das Verhalten einiger der Polizisten am Himmelsfahrtag 1994 in Magdeburg wird mit Freispruch belohnt und die Aussage eines Irakers, der von einem Polizisten mehrmals getreten wurde und die Aussage einer unter Eid stehenden Person, wurden als falsch bezeichnet. Der betreffende Polizist wurde aus „Mangel an Beweisen" freigesprochen.

Schleswig-Holstein

Nazi-Material beschlagnahmt

API 17.11.95 - In Glinde (Kreis Storman) wurde Mitte November '95 bei einem 27jährigen Mann umfangreiches rechtsradikales Propagandamaterial beschlagnahmt. Unter anderem wurden mehrere hundert Nazischriften sowie Videos und CDs sichergestellt. Der bisher nicht einschlägig aufgefallene Mann soll zudem ein Interview mit dem Altnazi **Thies Christophersen** geführt und das Video damit produziert und vertrieben haben. Das Masterband wurde ebenfalls beschlagnahmt.

DVU-Büro durchsucht

JW 16.11.95 - Am 15. November '95 wurden die Büroräume der früheren Fraktion der rechtsextremen ***Deutschen Volksunion (DVU)*** in Kiel

durchsucht. Nach Angaben der Kieler Staatsanwaltschaft wurde zeitgleich in insgesamt vier Orten in Schleswig-Holstein, München und Hamburg nach Beweismaterial gesucht. Der Grund für die Durchsuchungen: Verdacht der Untreue. Seit 1993 wird gegen Abgeordnete der ehemaligen DVU-Fraktion mit dem Verdacht ermittelt, für Fraktionsarbeit gedachte Gelder für die allgemeine Parteiarbeit verwendet zu haben.

Deutsche Liga sammelt

DL - Die ***Deutsche Liga für Volk und Heimat (DL)*** ruft zu Spenden für die Landtagswahl am 24. März '96 auf. Unterschrieben ist der Aufruf von deren Landessprecher **Ingo Schachtschneider**.

Thüringen

Nazischläger angeklagt

JW 19.12.95, WGA - Seit dem 18. Dezember '95 stehen drei jugendliche Nazi-Schläger vor dem Amtsgericht Nordhausen. Die drei hatten am 28. November '95 einen Togolesen zusammengeschlagen und schwer verletzt (siehe WGA #11). Nach Angaben der Staatsanwaltschaft bekennen sich die Angeklagten offen zur rechten Szene, zwei von ihnen gaben Ausländerfeindlichkeit als Motiv an.

Kleindienst verläßt die Republikaner

bnr 25, 26/95 - **Wolfgang Kleindienst**, seit 1994 Landesvorsitzender der ***Republikaner*** in Thüringen, hat seine Partei verlassen. Ende November '95 gab das „Europa vorn"-Infotelefon den Austritt von Kleindiensts bekannt. Grund für seinen Austritt war ein Streit innerhalb der Partei um die Öffnung der REPs gegenüber anderen rechtsextremistischen Parteien. Kleindienst war Mitbegründer des ***Eisenacher Signals*** vom 1. Juni '95, in dem Anhänger mehrerer rechter bis rechtsradikaler Gruppen die Einigung der gesamten Rechten forderten. In der aktuellen Ausgabe der ***Berlin-Brandenburger Zeitung***, der Zeitung der rechtsradikalen ***Nationalen***, war eine Anzeige für den ***Freundeskreis Ein Herz für Deutschland*** abgedruckt. Der presserechtlich Verantwortliche für diese Anzeige war Wolfgang Kleindienst. Zu dem „Freundeskreis" zählen neben den REPs, die NPD, die DVU und die Nationalen. Ein höchstbrisantes Bündnis also. Ein führender Funktionär dieses Freundeskreises hat schon bei der Göppinger Kreistagswahl vom 12. Juni '94 für die Republikaner kandidiert.

Nazi-Schreihälse festgenommen

API - Am Abend des 9. November '95, dem Jahrestag der Reichspogromnacht, gröhlten zehn rechtsradikale Jugendliche in Weimar-Schöndorf „Sieg Heil" und weitere Nazi-Parolen, bis die Polizei kam und sie festnahm. Acht Männer und zwei Frauen im Alter von 16 bis 20 Jahren landeten im Polizeigewahrsam. Drei der Männer konnten sich nicht mal beim Eintreffen der Polizei ihre Hitlergrüße verkneifen. Auch auf der Polizeiinspektion Weimar nahmen die Nazi-Parolen kein Ende. Die Polizei durchsuchte zwar die Wohnungen der Rechtsradikalen, fand aber letzendlich keine Voraussetzungen für einen Haftbefehl.

International

Europa

Aktionstag gegen Euro-Festung

ND 9.11.95 - Am 9. November '95, am internationalen Tag gegen Faschismus und Antisemitismus, fanden in 27 europäischen Ländern Aktionen gegen Rassismus statt. Es gab neben Demonstrationen, Info-Abenden sowie Mahn- und Protestwachen auch ganz außergewöhnliche Aktivitäten. Schwerpunkt war einigerorts die Erinnerung an die „Evian-Konferenz", auf der 1938 über 30 europäische Staaten die Abschottung gegenüber jüdischen Menschen beschlossen und somit einen Teil zum Massenmord an Jüdinnen und Juden in Deutschland beitrugen. Ein Sprecher vom antirassistischen Netzwerk ***UNITED*** sagte, daß heute wie damals die Grenzen vor flüchtenden Menschen geschlossen werden.

Frankreich

Bürgermeister abgesetzt

JW 16.12.95 - Dem Bürgermeister von Toulon, **Le Chevallier**, ist sein Amt aberkannt worden. Das Verwaltungsgericht Nizza erklärte die Wahl des Mitglieds der rechtsextremen ***Front National*** für ungültig, weil dieser Unregelmäßigkeiten bei der Finanzierung des Wahlkampfes begangen habe. Die Front National hatte bei den Kommunalwahlen 37% der Stimmen bekommen.

Großbritannien

BNP im INTERNET

bnr 24/95, WGA - Im Internet ist inzwischen auch die neonazistische ***British National Party (BNP)***, vertreten. Unter anderem sind dort Artikel der BNP-Publikation ***British Nationalist - For Race and Nation*** nachzulesen. Die BNP wurde 1982 gegründet und ist eine Abspaltung der britischen ***National Front (NF)***. Es gibt etwa 90 Ortsgruppen mit insgesamt knapp 1.000 Mitgliedern. Organisationsleiter der BNP ist **Richard Edmonds**, Vorsitzender **John Hutchyns Tyndall**. Thyndall hat mit dem ***Spearhead*** (Speerspitze) ein eigenes Nazi-Magazin. BNP-Aktivisten sind bei sämtlichen internationalen Nazi-Treffen dabei. So zum Beispiel beim alljährlichen Rudolf-Heß-Gedenkmarsch oder bei den Feiern für den faschistischen Führer Franco in Madrid (siehe Arktikel).

Tod in Polizeihaft

n-tv 14.12.95 - In der Nacht zum 14. Dezember '95 kam es in Londoner Stadtteil Brixton zu gewalttätigen Ausschreitungen zwischen DemonstrantInnen und der Polizei. Anlaß war der Tod eines 26jährigen Schwarzen karibischer Herkunft in Polizeihaft. Der Mann wurde wegen Einbruchverdachts festgenommen und brach in der Haft tot zusammen. Etwa 150 BürgerInnen protestierten an der Polizeistation gegen den Vorfall. Am Abend wurden Autos angezündet, Geschäfte geplündert und Schaufensterscheiben eingeworfen. Bei den Krawallen wurden 12 Personen verletzt.

Israel

Freude über Ermordung Jizchak Rabins

bnr 24/95 - Die Ermordung des israelischen Ministerpräsidenten **Jizchak Rabin** wird im INTERNET von Rechtsextremen weltweit gefeiert. **Ernst Zündel** einer der bekanntesten Holocaust-Leugner nannte es: „Karma - ein Akt der göttlichen, alles ausgleichenden Gerechtigkeit".

Italien

Priebke ausgeliefert

Div. Presse 11/95, WGA - Der 82jährige deutsche Alt-Nazi **Erich Priebke** ist am Montag 20. November '95 nach Italien ausgeliefert worden. Am 7. Dezember '95 begann die Vorverhandlung. Sie entscheidet, ob Priebke vor ein Militärgericht gestellt und wegen Kriegsverbrechen angeklagt wird. Inwzischen wurde Priebke von einem medizinischen Gutachter des Gerichts für weiter haftfähig erklärt.

Die Vorgeschichte: Eine Nachricht aus Argentinien sorgte in Deutschland und Italien im Frühjahr '94 für Aufsehen. Der ehemalige Hauptsturmführer der ***SS***, Wehrmachtsoffizier und Nazi-Kriegsverbrecher Erich Priebke wurde von einem Filmteam in San Carlos de Bariloche aufgespürt und interviewt. Nach dem Interview begann das Rätselraten. Priebke wurde unter Hausarest gestellt und Italien beantragte die Auslieferung. Im Gegensatz zu Italien beantragte Deutschland die Überstellung erst im Sommer

'95 (ein Jahr später). Der Oberste Gerichtshof von Buenos Aires rang sich erst im November '95 zu der Auslieferung durch. Die (Un-) Taten Priebkes seien nach argentinischem Recht verjährt gewesen. Priebke und sein Anwalt **Pedro Bianchi** sprachen sich immer für eine Auslieferung nach Deutschland aus - wahrscheinlich nach dem Motto des kleineren Übels - sie wußten schon, wieso. Priebke war am 24. März '44 an der Ermordung von 335 italienischen Zivilisten in der Nähe von Rom beteiligt. Diese Massenexekutionen sollten eine „Racheaktion" deutscher Wehrmachtsbesatzer gegen die erfolgreiche Gegenwehr italienischer Partisanen gewesen sein. Die Opfer: Alte und Junge, Frauen, Männer, aktive antifaschistische Widerstandskämpfer. Den damaligen „Einsatzbefehl" übergab Adolf Hitler persönlich an den damals 33jährigen Obersturmbannführer der SS, **Herbert Kappler**, Stellvertreter von Kappler war Priebke. Daß sich Priebke so lange ungestört bewegen konnte, verdankt er seinen „Kameraden", dem Vatikan, den laschen argentinischen Gesetzen und nicht zuletzt auch den deutschen Behörden. Die Kameraden versorg(t)en die Alt-Nazis mit Geld und gründeten Fluchthilfeorganisationen wie zum Beispiel die ***Spinne***. Der Vatikan leistete nach dem Zweiten Weltkrieg aktive Hilfe beim Verschwinden von Nazi-Funktionären - es gab die berüchtigte Achse Deutschland-Rom-Argentinien. Argentinien gewährte bereits deutschen Mördern nach dem Ersten Weltkieg Unterschlupf, später auch den Mördern von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Die deutschen Behörden setzten nichts ersthaftes daran, Priebke zu verhaften, obwohl es seit Ende der 40er Jahre einen Haftbefehl gab, in Italien seit 1948. Priebke gab bereits 1944 vor einem britischen Militärgericht die Beteiligung an der Ermordung der 335 Menschen zu. In Deutschland wurde der Haftbefehl bereits 1971 eingestellt, weil der Aufenthaltsort von Priebke angeblich unbekannt sei. Fakt ist jedoch, daß Priebke 1948 nach Argentinien kam und dort zeitweise unter dem Namen **Don Enrico Priebke** lebte. Er war aktiv in einer deutschen Schule und veranstaltete Auftritte und Schülerfahrten. Er wurde Vorsitzender eines Unterstützungsvereins der deutschen Schule. Der Vorsitzende dieser Schule wurde Herbert Kappler. Genau der Kappler, der den direkten Befehl von Hitler für die Hinrichtung von '44 erhielt. Priebke meldete sich wärend seiner Zeit in Argentinien mehrmals bei der deutschen Botschaft um seinen Reisepaß mit seinem richtigen Namen verlängern zu lassen. Die deutschen Behörden wußten also, daß sich Priebke in Argentinien aufhält - reagierten aber nicht. Promt reiste er auch mit dem verlängerten Paß mehrmals nach Deutschland, in die USA und nach Italien - ungestört von Polizei, Behörden und Justiz!

Doch Priebkes Fall war und ist nichts besonderes und vor allem nicht der einzige. Er ist einer von vielen, die die Entnazifizierung einfach umgangen. So wie ihm gelang es Zehntausenden zu flüchten. Ob **Josef Mängele**, der berüchtigte „Arzt" von Auschwitz, **Adolf Eichmann**, ein Mann, der direkt für den millionenfachen Mord an Juden verantwortlich war, oder **Josef Schwammberger**, Nazi-Funktionär, Mitglied der SS und Aufseher im KZ. Diese Aufzählung läßt sich endlos weiterführen. Das Wiener ***Simon Wiesenthal Zentrum*** gab an, daß sich noch heute tausende NS-Verbrecher meistens in Deutschland und Südamerika unerkannt aufhielten. Diesen bislang Unerkannten gehört der Garaus gemacht - sie müssen aus ihrer einzigen Verteidigung herausgerissen werden. Ihre Verteidigung ist das Vergessen, das Verdrängen und das Verschließen der Augen vor Nazi-Kriegsverbrechern. Die Arbeit des Simon Wiesenthal Zentrums besteht darin, alte und neue Nazis aufzuspüren und sie öffentlich zu machen, damit sie endlich vor ein Gericht gestellt und verurteilt werden können. Der Gründer des Zentrums, **Simon Wiesenthal**, selbst KZ-Insasse, sagte, daß Leute mit einer solchen Verganenheit das Recht in Ruhe zu leben verwirkt hätten!

Demo der AN

DESG 12/95, JF 8.12.95 - Am 2. Dezember '95 versammelten sich in Rom 150.000 Anhänger der faschistischen ***Alleanza Nazionale (AN)*** zu einer Großdemonstration. Es wurde die sofortige Durchführung von Neuwahlen für den Februar 1996 gefordert. Die Demonstranten forderten außerdem den Rücktritt von Staatspräsident **Oscar Luigi Scalfaro**. „Es ist Zeit zum Wechsel. Die Rechte muß wieder regieren" hieß die Parole. Nach Umfragen wird die Alleanza Nazionale bei Neuwahlen **Berlusconis *Forza Italia*** übertreffen.

Annäherung an Faschisten

JF 1.9.95 - Der Landeshauptmann der ***Südtiroler Volkspartei (SVP)***, **Luis Durnwalder**, hat anscheinend seine bisherige Haltung der Abgrenzung gegenüber der faschistischen ***Alleanza Nazionale (AN)*** geändert. Durnwalder hatte sich *„Gedanken über diverse politische Gruppierungen gemacht und war dabei zu dem Schluß gekommen, daß die AN den Autonomiekurs Südtirols nicht mehr so starr ablehnen würden"*. Gleichzeitig wehrte sich der AN-Landessekretär **Giorgio Holzmann** über die ständige Ausgrenzung seiner Partei. Positiv sprach sich Holzmann darüber aus, daß sich die SVP, mit Durnwalder an der Spitze, auf die Annährung einer Gesprächsbasis einlassen wolle.

Lettland

Aktivitäten deutscher Rechtsextremisten

JW 23.11.95 - Der Deutsche **Joachim Siegerist** triumphiert: Nachdem die von ihm ins Leben gerufene ultranationalistische Partei ***Latvijai*** („Für Lettland") bei den Parlamentswahlen im Oktober drittstärkste Kraft in Lettland wurde und nun an der Minderheitsregierung beteiligt ist, hat er jetzt auch noch ein schönes Immobilienschnäppchen aufgetan: Für nur 50.000 Mark hat er ein sechs Hektar großes Grundstück in „traumhafter Lage" erworben. Auf dem Gelände soll „ungefähr in zwei Jahren" eine Schulungs- und Begegnungsstätte für die ***Deutschen Konvervativen*** entstehen. Diese Organisation, die bis 1986 „Konvervative Aktion Deutschland" hieß, haben von Angaben nach Siegerist zwar nur 25 Mitglieder, aber 25.000 „finanzielle Förderer". Siegerists Sprachstil ist selbst nach Auffassung der Bundesregierung „zum Teil mit ausländerfeindlichem und antisemitischem Inhalt" gespickt. So sprach er von „Strolchen aus dem Jüdischen Weltkongreß", die „Deutschland in den Staub drücken wollen". Trotz allem kann sich Siegerist noch damit rühmen, Wahlkämpfe für diverse Unionsrecken wie **Manfred Kanther**, **Ernst Albrecht** oder **Gerhard Stoltenberg** organisiert zu haben. Bundesweites Interesse zog Siegerist im April '94 auf sich. Das Amtsgericht Hamburg verurteilte ihn wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß zu einer Haftstrafe von 18 Monaten, die allerdings noch nicht rechtskräftig ist. Die Idee eines Schulungszentrums habe ihm schon lange vorgeschwebt, sagte Siegerist, der seit 1992 auch die lettische Staatsbürgerschaft besitzt. Die sei neben den Kosten auch an der Sicherheitsfrage in der Bundesrepublik gescheitert: *„Wir müssen ja ständig damit rechnen, daß uns linksradikales Kommunistenpack Schwierigkeiten mit dem Haus bereiten würde"*. Was in seinem lettischen Schulungszentrum geschehen soll, kann Siegerist bereits heute sagen: *„Ausbildung von Journalisten-Nachwuchs, Treffen unserer Arbeitskreise über die Dauer mehrerer Wochen in einer traumhaften Atmosphäre, Vorbereitungen unserer politischen Kampagnen, enger Kontakt zu unseren politischen Freunden im Baltikum und zunehmend in Rußland"*. Auch die Verbindungen zu „den Deutschen in Königsberg" sollen ausgebaut werden. Doch noch ist es nicht so weit. Für die angestrebte Stätte, die mehr als 500 Quadratmeter Wohnfläche umfassen soll, benötigt Siegerist 350.000 Mark, die er aus Spenden seiner Freunde mobilisieren will. Und ungewiß ist auch sein eigenes Schicksal, denn ihm steht wieder ein Prozeß wegen Volksverhetzung ins Haus. Gleichzeitig bewirbt sich der Rechtsextremist 1996 um das Amt des Staatspräsidenten von Lettland.

Niederlande

Prinz war Nazi

Taz 22.11., JF 15.12.95 - Der niederländische Prinz **Bernhard** hat bislang stets bestritten, jemals Mitglied in der ***NSDAP*** gewesen zu sein. Jetzt ist es jedoch nach Kriegsdokumenten offiziell, daß der in Jena geborene Prinz bis 1937 zahlendes Mitglied gewesen war. Bisher hatte er

„nur“ eingeräumt, daß er Mitglied der SA und in einer Motorbigade der SS gewesen war. Seine NSDAP-Mitgliedschaft dementiert er weiter.

Norwegen

Rechter Anschlag?

JW 10.11.95 - In Oslo haben wahrscheinlich Neonazis in der Nacht zum 9. November '95 einen Anschlag auf die linke Jugendorganisation ***Blitz*** verübt. Es explodierte ein kleiner Sprengsatz auf dem Hinterhof des Blitz-Gebäudes, der einige Scheiben zerstörte. Verletzt wurde zum Glück niemand. Die Gruppe erklärte, daß der Angriff auf keinen Fall Zufall war. Es käme in letzter Zeit des öfteren zu zum Teil gewalttätigen Ausschreitungen mit Rechtsradikalen und Neonazis.

Österreich

Wahlen in Österreich

NKR, JW,18.12.95 - Bei den Wahlen in Österreich errangen die ***Freiheitlichen*** 22,08 % der Stimmen, 0,42% weniger als bei der Vorwahl und weniger als allgemein erwartet wurde. Sie erhielten 41 Mandate. Die ***SPÖ*** gewann 3,3% und kam auf 38,32%, ihr Mandatsstand beträgt nun 72. Die konservative ***ÖVP*** erhielt 28,3% und 53 Mandate. Die Verlierer der Wahl waren die ***Grünen***, sie verloren 2,7% und kamen auf 4,6% und das ***Liberale Forum***, welches mit 0,8% Verlust noch auf 5,1% kam und die Grünen so überholte. **Franz Vranitzky** bleibt Kanzler, jedoch ist nicht klar, ob die „Freiheitlichen“ nicht eventuell doch an einer Koalitionsregierung beteiligt werden.

Haider bei Alt-Nazis

bnr, Tagesthemen 13.12.95 - Es ist ein Video augetaucht, daß den ***Freiheitlichen***-Vorsitzenden **Jörg Haider** auf einer „Insider-Veranstaltung“ nach dem alljährlichen Treffen auf dem „Ulrichsberg“ zeigt. Anwesend bei diesem „Szene-Treff“ waren hochrangige Ex-Nazi-Funktionäre, ehemalige Mitglieder der SS und anderer NS-Organisationen sowie „ganz einfache“ Rechtsextremisten samt Kind und Kegel. Haider fühlte sich scheinbar in diesem Umfeld sehr wohl und sprach bei seiner Rede von „anständigen Charakteren“ die diese Veranstaltung besuchten, bei der Fernseh- und Fotografenteams eigentlich streng verboten sind. Bei den Treffen auf dem „Ulrichsberg“ versammeln sich jedes Jahr alte Nazis, ehemalige Kriegsveteranen, reaktionäre Burschenschaftler sowie junge Faschisten aus ganz Europa. Bereits 1990 hielt Haider die Festansprache bei diesem Treffen und rief dem Publikum zu: *„...daß wir uns für niemanden, der hierher kommt, zu entschuldigen haben“.* Somit ist das bisherige Dementi Haiders, nichts mit Nazis zu tun zu haben, völlig lächerlich. Auch dieses Jahr fand dieses Treffen statt. Die Mehrheit der Teilnehmer stammte aus der BRD und Österreich, aber auch Schweden und andere Westeuropäer wurden gesehen. Teilnehmer aus Deutschland waren die ***Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger (OdR)*** und die ***Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS (HIAG).*** Weitere Teilnehmer waren Aktivisten der verbotenen ***Wiking-Jugend*** und einige Skinheads. Nach dem Treffen fand im Hotel Rosenheim eine Geburtstagsfeier zu Ehren des Nazi-Generals **Otto Krumm**, letzter Kommandant der Leibstandarte Adolf Hitler, statt. Ehrengast war **Gudrun Burwitz** (66), die in München lebende Tochter des SS-Führers **Heinrich Himmler**.

Briefbomben-Anschläge

Taz, JW, NKR 13.12.95 - Die mittlerweile fünfte Briefbombenserie endete diesmal glücklicherweise ohne Opfer. Zwei der vier Bomben explodierten in Graz in einem Briefkasten, die anderen beiden blieben unversehrt. Die frühzeitige Explosion läßt sich wahrscheinlich auf eine „Kältefalle“ zurückführen, die die tiefgekühlte Entschärfung verhindern sollte. Jedoch zündeten die Bomben wegen des eisigen Wetters schon vorher. Die erhaltenen Briefe sollten zur Spurensicherung in eine Kaserne in Wien gebracht werdenund explodierten bei dem Transport. So waren alle Spuren vernichtet. Die Briefe waren diesmal an die Öffentlichkeitszuständige des UN-Flüchtlingshilfswerks in Wien, eine Familie indischer Abstammung, die im Sommer im TV zu sehen war sowie die Mutter des Sängers **Ostbahn-Kurti** adressiert. Wie zuvor bekannte sich die ***Bajuwarische Befreiungsarmee (BBA)*** zu den Anschlägen, diesmal unter dem Namen **Markgraf Luitpold**.

Schimanek-Strafe herabgesetzt

JW, JF 23.11.95 - Nach einer Petition mit angeblich 10.000 Unterschriften, die **Hans-Jörg Schimanek sen.**, Landesrat der ***FPÖ***, dem Bundespräsidenten übergab, wurde das Haftmaß auf acht Jahre herabgesetzt. Der Oberste Gerichtshof hatte ***Schimanek jun.*** wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung in erster Instanz zu 15 Jahren verurteilt. Schimanek jun. war führender Kader der ***VAPO***, die massiv Jugendliche anwarb und Wehrsportübungen abhielt. Erst als VAPO-Mitglieder versuchten ein Flüchtlingsquartier anzuzünden wurde die Polizei aktiv, Küssel wurde verurteilt. Hauptbeweismittel gegen Schimanek ist ein Video, das ihn dabei zeigt wie er Jugendlichen das Kehle-Durchschneiden lehrt.

Neues von Polacek

bnr 22/95 - **Karl Polacek**, der in sein Geburtsland Österreich abgeschobene ehemalige ***FAP***-Landesvorsitzende von Niedersachsen, fordert in seinem Nazi-Blättchen ***Braunauer Ausguck***: „Skinheads to the Front“. Skinheads kämpfen laut Polacek *„nicht für Titel und Pfründe sondern für die Befreiung des Volkes von diesem verbrecherischen volksfremden System. Das zu zerschlagen ist ihr Ziel...“.* Anscheinend sind ihm in seinem Leben nur die dämlichsten Nazi-Skins begegnet. Ebenso schreibt er über seine Freude über den Briefbombenanschlag auf den Lübecker ***SPD***-Geschäftsführer **Thomas Rother**. Polacek: *„Briefbomben. With love from Austria“.*

AIDS-Test für Ausländer

Tsp 30.11.95 - Die rechtsextremen ***Freiheitlichen*** haben sich am 29. November '95 für einen „obligatorischen AIDS-Test“ für in Österreich lebende AusländerInnen ausgesprochen. Alle Einwanderer, Langzeitgastarbeiter und Asylbewerber sollten auf den Virus getestet werden, forderte der gesundheitspolitische Sprecher der Partei, **Alois Pumberger**. Dadurch solle der Import der Viren gestoppt werden, erklärte er.

Herbsttagung der AFP

bnr 24/95 - Die 1963 gegründete ***Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik (AFP)***, „deren Schwerpunkt auf ideologisch-kultureller Arbeit mit ausgesprochen rechtsextremer Tendenz liegt„ (so das „Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands“), veranstaltete vom 13. bis 15. Oktober '95 in Feldkirchen ihre Herbsttagung. Als Referenten traten u.a. die Deutschen **Johanna Grund** (Ex-***REP***-Europaabgeordnete) und **Pierre Krebs** (Kopf des ***Thule-Seminars***) in Erscheinung. Über den Kongreß berichteten der Eckartbote (11/95), die Monatszeitschrift der Österreichischen Landsmannschaft (ÖLM).

Auszeichnung für Simon Wiesenthal

bnr 24/95 - In Wien wurde **Simon Wiesenthal**, der Leiter des jüdischen Dokumentationszentrums, mit dem Ehrenpreis des österreichischen Buchhandels für Toleranz im Denken und Handeln ausgezeichnet. Die Ehrenurkunde erhielt der 86jährige Wiesenthal anläßlich der Eröffnung der 48. österreichischen Buchwochen im Wiener Rathaus überreicht.

Schweden

500 Nazis marschierten

API 25.11., BeZe 27.11.95 - Im Zentrum der westschwedischen Stadt Göteborg haben am Samstag, 25. Dezember '95 insgesamt 500 Neonazis demonstriert. Etwa 200 der Faschisten kamen aus Deutschland, sowie aus Schweden und den anderen skandinavischen Staaten. 20 Neonazis wurden festgenommen, darunter sieben Deutsche. Die Polizei begründete die Festnahmen mit „grob rassistischen Parolen und Volksverhetzung“. Die Faschisten hatten zuvor „Sieg Heil“ und den üblichen Mist gerufen. In der Nähe des Aufmarsches versammelten sich etwa 600

AntifaschistInnen, um gegen den Nazizug zu protestieren. Die Polizei nahm 15 Antifas fest und war mit über 400 „Anti-Aufruhrkräften" vertreten. In Berlin wurden nach der Rückkehr 17 Teilnehmer des Nazi-Aufmarsches von der Polizei festgenommen (näheres siehe Berlin).

Mißglückter Anschlag

JW 10.11.95 - Ein Anschlag von bislang unbekannten Tätern ist in den frühen Morgenstunden des 9. November '95 mißglückt. Die vermutlich Rechtsradikalen wollten eine Kapelle auf dem jüdischen Friedhof in Stockholm anzünden, doch der Brandsatz zündete nicht. Ob der Anschlag im Zusammenhang mit dem 9. November '38 (Reichspogromnacht in Deutschland) steht ist unklar, aber anzunehmen.

Gesetze gegen NS-Symbole

JW 13.12.95 - Angesichts steigender neonazistischer Aktivitäten hat die schwedische Regierung angekündigt, nun endlich schärfer gegen die Zurschaustellung von Nazi-Symbolen vorzugehen und die zutreffenden Gesezte zu verschärfen. Justizministerin Laila Freivalds gab an, daß Hakenkreuze und andere NS-Zeichen rassistische Botschaften übermitteln würden und daß dieses nicht toleriert werden könne. Die Regierung war zu Recht in die Schlagzeilen geraten, weil sie nicht genug gegen Rechtsextremismus vorgeht. Erst kürzlich marschierten im südschwedischen Boras mehrere hundert Neonazis und schwenkten NS-Fahnen, ohne daß die Polizei einen der Nazis festnahm.

Schweiz

Christophersen muß raus

API 23./26.11., bnr 22/95, WGA #8 - Altnazi und Holocaust-Leugner **Thies Christophersen** muß bis Ende Dezember '95 seine Wohnung in Biel (Kanton Bern) geräumt und die Schweiz verlassen haben. Gegen den 77jährigen Faschisten hat die schweizer Bundesanwaltschaft (BAW) erneut ein Aufenthalts- und Einreiseverbot verhängt. Bereits 1978 erhielt Christophersen eine Einreisesperre, die jedoch im Mai '91 wieder aufgehoben wurde. Nach Angaben der BAW verstieß der deutsche Altnazi gegen die damalige Auflage, sich nicht (mehr) militant rechtsextrem zu betätgen. Christopersen floh 1986 aus Norddeutschland ins grenznahe Kollund nach Dänemark. Nach antifaschistischen Protesten wechselte er zuerst in Dänemark seinen Wohnort und zog dann wieder nach Deutschland. Seine Reise ging über London, Ostende und Lüttich (Belgien). Über Deutschland fuhr er dann nach Biel. Thies Christopersen war Herausgeber der faschistischen Zeitung ***Die Bauernschaft*** und ist Autor des antisemitischen Buches "Die Auschwitz-Lüge". Über das INTERNET verbreitet der kanadische Faschist **Ernst Zündel** *„Neuste Nachrichten von Thies Christophersen an seine Freunde"*, in dem er seinen Freundeskreis über seine Umzüge informiert. Christophersen hat vor, für seine Freunde einen persönlichen Rundbrief ins Leben zurufen. Ernst Zündel selbst weist per INTERNET auf seinen jüngsten Viedofilm hin, in dem er Stellung zur Verurteilung von **Ewald Althans** nimmt.

Polizei verhinderte Nazitreffen

API 19.11.95 - Der schweizer Polizei ist es gelungen, ein geplantes Treffen von rechtsextremen Skinheads zu verhindern. Diese Veranstaltung mit internationaler Beteiligung sollte am 18. Oktober '95 in Oberbaselbiet stattfinden. Einem Reisebus mit deutschen Naziskins wurde nach einer Grenzkontrolle die Einreise verweigert. Diese Gruppe begleitete nach Angaben der Polizei eine Skinband und wollte in der Schweiz Unruhe stiften. Es kam insgesmt zu großräumigen Pkw- und Personenkontrollen, wobei zahlreiche Schlaginstrumente, Tränengas und Messer beschlagnahmt wurden.

Verlust für Rechte bei Wahlen

DESG 10-11/95 - Bei den Nationalratswahlen am 22. Oktober '95 kam es zu einer Überraschung. Die ***Sozialistische Partei (SPS)*** konnte ihre Sitze im Parlament von 42 auf 54 erhöhen und bleibt stärkste Kraft. Gleichzeitig verloren die reaktionären, rechtsextremen Parteien. Die ***Freiheitspartei (FPS)*** - einst ***Autopartei*** - fiel von 5,1% auf 4% und büßte einen Sitz ein. In den Kantonen Bern und Zürich verloren sie je eine Sitz, im Kanton Thurgau gewannen sie einen. Ähnlich erging es auch den ***Schweizer Demokraten (SD)*** - vormals ***Nationale Aktion für Volk und Heimat***. Sie erreichten insgesamt nur noch 3,1% und erhalten drei Sitze. Im Tessin und in Zürich büßten sie je einen Sitz ein. Im Tessin verlor die ***Lega dei Ticinesi (LdT)*** einen ihrer zwei Sitze an die links-grüne Allianz. Für die LdT kandidierte dort **Pierre Rusconi**. Nur die rechte evangelisch-fundamentalistische ***Eidgenössich-Demonkratische Union (EDU)*** konnte im Kanton Bern etwa 1% dazulegen. Für die FPS gehen folgende Gewählten in den Nationalrat: im Kanton Zürich **Michael E. Dreher** (in der Stadt Küsnacht), in Solothurn **Roland Borer** (Klotenholz), in St. Gallen **Walter Steinemann** (Mörschwil), im Thurgau **Wilfried Gusset** (Frauenfeld), im Aargau **Ulrich Giezendammer** (Rothrist) und **René Moser** (Wohlen), sowie in Bern **Jürg Scherrer** (Biel). In Biel wohnte bis vor kurzem der deutsche Altnazi **Thies Christopersen** (siehe Artikel). Die SD entsenden diese Menschen: Aus Zürich **Hannes Steffen** (Fischthal), aus Bern **Markus Ruf** (Stadt Bern) und aus Basel-Landschaft **Rudolf Keller** (Frenkenforf). Für die LdT zieht **Flavio Maspoli** und für die EDU aus Bern **Werner Scherrer** (Thun) in den Nationalrat ein. Somit sitzen 12 Rechtsextremisten im schweizer Parlament.

Antifa-Demo aufgelöst

JW 18.12.95 - Im Zürcher Stadtzentrum fand am Samstag, 16. Dezember '95 eine Demonstration von etwa 700 Jugendlichen statt. Die Abschlußkundgebung der Demo unter dem Motto „Gegen Rassismus und Faschismus" wurde von der Polizei aufgelöst. Die Polizei setzte Wasserwerfer und Tränengas gegen die AntifaschistInnen ein. Nach Angaben der Polizei sei die Demo von der angemeldeten Demoroute abgewichen. Schon vor dem Einschreiten der „Sicherheitsbeamten" wurde ein Wasserwerfer mit einem Molotow-Cocktail beworfen. Festnahmen gab es keine.

Antisemitische Sekte

bnr 24/95 - Die Sekte ***Das Fundament für Höheres Geistiges Lernen*** (Untertitel: „Bruderschaft der Großen Weißen Loge") hat einen „kraß antisemitischen Rundbrief" (so die schweizer „Wochenzeitung") herausgebracht und ihn an etwa 1.000 Adressen in der Schweiz, in Österreich und der Bundesrepublik verschickt. Wegen möglichen Verletzung des Anti-Rassismus-Gesetzes hat die zuständige Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Der Sitz der Sekte ist gleichzeitig europäischer Hauptsitz und befindet sich in Walzenhausen (Lachen). Als Kontaktadresse fungiert der 48jährige **Christoph Greiner** in Brienz. Die obskure Gruppe ist eine Abspaltung der US-amerikanischen theosophischen Sekte ***Universal Church*** aus Centreville (Virginia).

Slowakei

Diskriminierung ungarischer Minderheit

JW 17.11.95 - Das slowakische Parlament hat am 15. November '95 das heftig umstrittene Staatssprachengesetz verabschiedet, das gegen die ungarische Minderheit gerichtet ist. 108 Abgeordnete stimmten, bei der namentlichen Abstimmung in der 150 Sitze umfassenden Kammer, dafür. Das Gesetz, das international als Schlag gegen Minderheitenrechte kritisiert wird, schreibt die slowakische Hochsprache als einzig zugelassene offizielle Sprache vor. Es tritt Anfang 1996 in Kraft und löst frühere Bestimmungen ab, die der ungarischen Minderheit das Recht gaben, in ihren Gebieten auch mit Amtspersonen in eigener Sprache zu sprechen. Bei striktester Anwendung kann die Verwaltung gegen Einzelpersonen Geldbußen bis zu 50.000 Kronen verhängen. Der ungarische Ministerpräsident **Gyula Horn** hatte das Gesetz in einem Brief an seinen slowakischen Kollegen als „Verstoß gegen die europäischen Standards" bezeichnet.

Spanien

Francos Erben

JW 20.12.95, bnr 24/95 - Wie in jedem Jahr fand am 20. November '95 wieder eine Gedenkfeier für den ehemaligen Diktator **Francisco Franco** in Madrid statt. Dieses Jahr „feierten“ über 6.000 Alt- und Neonazis aus verschiedenen europäischen Ländern den 20. Todestag Francos. Dieser starb am 20. November '75 nach über 35 Jahren faschistischer Diktatur. Anwesend an der diesjährigen Trauerveranstaltung waren neben Francos Tocher **Carmen Franco** auch bundesdeutsche Neonazis wie der ehemalige Bundesvorsitzende der inzwischen verbotenen ***FAP***, **Friedhelm Busse** oder **Udo Voigt**, Funktionär der ***Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD)***. Die rechten Nostalgiker zogen zum Plaza de Oriente, skandierten Nazi-Parolen und hoben die Arme zum Hitler-Gruß - wie jedes Jahr. Zu einer von Antifa-Gruppen, Bürgerrechtlern und Gewerkschaften organisierten Gegendemonstration kamen etwa 3.000 Menschen. Beide Versammlungen verliefen friedlich, die Polizei war mit zahlreichen Kräften im Einsatz. Im Vorfeld des Nazi-Treffens wurden in der Madrider Innenstadt acht bewaffnete deutsche Nazi-Skins von der Polizei festgenommen und nach Polizeiangaben des Landes verwiesen. In Spanien sind auch noch 20 Jahre nach dem Ende der Diktatur ehemalige Funktionäre in Industrie und Wirtschaft vertreten. Zum Beispiel der ehemalige „Kampfgefährte“ Francos, **Rafael Cabello del Alba**, war der letzte Finanzminister des Regime und ist heute Vorstandsmitglied so wichtiger Firmen wie SEAT oder Metal Mazda. Andere ehemalige Minister wie **Antonio Barrera de Irimo** (Finianzminister), **Licinio de la Fuente** (Arbeitsminister) oder **Alfonso Alvarez de Miranda** (Industrie) nehmen ähnliche Stellungen in der Wirtschaftsmacht Spaniens ein.

Tschechien

Naziskin-Aufmarsch

JW 27.12.95 - Unter dem Motto „Gegen Drogen und Rauschgifthändler“ haben rechtsradikale Skinheads am Samstag, den 25. November '95 im nordbömischen Teplice demonstriert. In jüngster Zeit häufen sich in Tschechien die Übergriffe von rechtsradikalen Skins oder Neonazis gegenüber AusländerInnen, Antifas und Roma. Die Behörden befürchten Straßenkämpfe zwischen den Nazi-Skins und den zahlreichen in und um Teplice lebenden Roma.

Ungarn

Erster Neonazi-Prozeß

bnr 23.11.95 - In Ungarn läuft zur Zeit der erste Neonazi-Prozeß. Vor Gericht steht der 40jährige **Albert Szabo** wegen des Verdachts der Volksverhetzung. Im Januar '94 waren im Büro seiner ***Weltnationaler Volksherrschaftspartei***, des heutigen ***Ungarischen Volksbunds*** Nazi-Fahnen, Hakenkreuzaufkleber und Flugblätter mit dem Titel „Fremde raus“ und „Tod der NATO“ beschlagnahmt worden. Szabos Neonazi-Bewegung umfaßt mehrere hundert überwiegend junge Aktivisten und orientiert sich an der verbotenen nationalsozialistischen Pfeilkreuzlerbewegung, die unter der deutschen Besetzung Ungarns von 1944 bis April 1945 einen blutigen Terror ausübte.

Portrait

Günter Deckert

Info FFM 9/94, WGA - Als einziger hat es bisher **Günter Deckert** geschafft, in sämtlichen Ausgaben unserer Zeitung erwähnt zu werden. Allein diese Tatsache weist bereits auf eine spezielle Eigenart Deckerts hin: Er versucht nach allen Mitteln der „Kunst“, im Gespräch zu bleiben. Getreu nach dem Motto des Naziführers Michael Kühnen, daß es unwichtig ist, mit welchem Ruf man agiert - hauptsache, man ist in der Presse und immer präsent. Und dies ist Deckert auch immer wieder gewesen, erst recht aber, als ihm 1994 in einem Urteil sein Richer **Rainer Orlet** bescheinigte, er sei eine „charakterstarke verantwortungsbewußte Persönlichkeit mit klaren Grundsätzen“ und habe einen „guten Eindruck“ hinterlassen - trotz seines „schweren Lebensschicksals“, der zwangsweisen Entfernung aus dem Schuldienst. Die Strafaussetzung zur Bewährung wurde so begründet: *„Einem so gearteten Mann glaubt die Kammer das Bekenntnis zur Rechtstreue ... und hat daher keine Bedenken, ihm eine günstige Sozialprognose zu stellen“*. Doch Deckert ist ein Faschist, ein Oldschool-Neonazi. 1940 geboren trat er mit 26 Jahren in die 1964 gegründete ***NPD*** ein und tat sich schon bald als Hauptakteur der Partei in der Region (Baden) hervor. Dies auch während seiner Lehrertätigkeit (englisch und französisch) am Mannheimer Tulla-Gymnasium 1968-82, danach als Abordnung an's Hasenleiter-Gymnasium in Heidelberg und an das Carl-Benz-Gymnasium in Ladenburg. Endgültig aus dem Schuldienst suspendiert wurde Deckert am 9. November '88. Seine NPD-Karriere begann spätestens 1968. Damals wurde er Kreisvorsitzender Mannheim-Land, ein Jahr später Mannheimer Ortsvorsitzender, 1972-75 war er Landesvorsitzender von Baden-Württemberg der ***Jungen Nationaldemokraten (JN)***. Von 1973-75 auch JN-Bundesvorsitzender. 1972 wurde Deckert auch in den NPD-Bundesvorstand aufgenommen, im selben Jahr kandidierte er in Sinsheim bei den Kommunalwahlen. 1975 unterlag Deckert **Gerhard Frey** bei der Wahl zum Bundesvorsitzenden und wurde nun dessen Stellvertreter. 1977 und '78 kandidierte er nicht mehr zum Bundesvorstand. Auf dem Bundesparteitag 1979 in Ketsch kandidierte Deckert als Vertreter der „kämpferischen Teile der NPD“ gegen **Martin Mußgnug** zum Bundesvorsitzenden, unterlag ab deutlich mit 2/5-Minderheit. Danach betonte er seine „Eigenständigkeit“ im „Gau Kurpfalz“ und plante die Gründung eines „Nationalistischen Büros“. Mit dem seit 1981 jährlich bis heute durchgeführten „Kurpfälzer Treff“ versuchte er, einen „Rahmen zu schaffen, über alle Parteigrenzen hinweg“. Von Anfang an war die Leitlinie Deckerts NPD-Politik die Einigung des „nationalen Lagers“ auf „modernisierter“ Grundlage. Es gibt kaum eine überparteiliche, bundesweit arbeitende rechtsextreme Organisation oder Zeitschrift, in der er nicht irgendwann eine Rolle spielte. Schon früh versuchte er die Integration sowohl der Altnazis als auch militanter neonazistischer Gruppen innerhalb der NPD durchzusetzen. Mit offen als NS-Nachfolger auftretenden Neonazis strebt Deckert eine enge Verbindung an. So verstärkte er über Jahre hinweg die Kampagne des Revisionismus, also der Verharmlosung bzw. Leugnung der Judenmorde und der Kriegsschuld. Schon früh versuchte er auch, aggressiven Rassismus in Form von „Ethnopluralismus“ zu einem Kern der „nationalen Politik“ zu machen und mit dem „Befreiungsnationalismus“ die NPD als „Partei der nationalen Bewegung“ zu profilieren. Dort trat er dann 1982 zwar vorübergehend aus, führte die Zusammenarbeit jedoch ununterbrochen weiter fort. 1989 kandidierte er wieder als NPD-Spitzenkandidat im Rhein-Neckar-Kreis zu den Kreistagswahlen. In Januar 1991 trat er schließlich auch wieder offiziell in die Partei ein und wurde sofort Kreisvorsitzender. Bereits am 10. Juni desselben Jahres wurde Deckert dann zum Bundesvorsitzenden gewählt; wohl als Rettungsanker, der das schon lange angeschlagene Schiff NPD vor dem Untergehen retten sollte. In der Zeit, als er nicht der NPD angehörte, versuchte er eine ausdrücklich überparteiliche Parteigründung: Am 13. Dezember '86 wurde er Vorsitzender der in Weinheim gegründeten Partei ***Die Deutschen***, die er allerdings 1988 wieder verließ. Bereits 1979 hatte Deckert in der NPD beschließen lassen, die Partei solle Vorfeldorganisationen gründen, um die politische Wirksamkeit zu erhöhen. In der Folgezeit entstanden vor allem in Nordbaden viele solcher Grup-

pen. Entsprechend seiner Parolen „unsere Hauptzielgruppe sind die Schüler“ verband Deckert das alles mit einer intensiven „Jugendarbeit“. Diese fand vor allem in Form von Sport- und Heimatvereinen sowie an „Volkswandertagen“ und dem „Volkslauf National“ statt. Immerhin beteiligten sich an diesen Aktivitäten zeitweise bis zu 1.500 Jugendliche. Besonders hielt er Kontakt zu Jugendlichen, die er für seine Ideen empfänglich hielt und deren Hinführung zur „nationalen Bewegung“ er betrieb - mit Veranstaltungen, Sprachreisen, Sonnenwendfeiern und dergleichen. Er scharrte bald auch Nazi-Skinheads um sich, die der von der ***Nationalistischen Front (NF)*** nahestehenden ***Taunusfront*** angehörten. Als „Spiritus rector“ ließ er JN-Mitglieder einen „nationaldemokratischen Lehrlingsverband“ und einen Schülerverband gründen. Von Deckert erstellte Flugblätter wurden auch von NF-Mitgliedern (z.B. in Bielefeld) verteilt und er lud NF'ler auch gerne zu sich nach Weinheim ein. Die neonazistische ***Wiking-Jugend (WJ)*** führte er, vor allem seit der 1991 NPD-Bundesvorsitzender wurde, immer enger an die NPD heran.
In seiner Heimatstadt Weinheim ist Günter Deckert ein angesehener Mann: Er hält als langjähriges Gemeinderatsmitglied engen persönlichen Kontakt zu den Vertretern der bürgerlichen Parteien, konnte sich zeitweise fast täglich in der örtlichen Presse auslassen und eine geschickte Selbstdarstellung als lokaler Biedermann und Vereinsmeier präsentieren. Bereits seit 1975 saß Deckert für die NPD, ab 1982 für sein Bündnisprojekt ***Deutsche Liste*** im Stadtrat von Weinheim. 1989 erhielt er 11% der Stimmen. Immer wieder erhielt Deckert von der Stadt öffentliche Räume zu Verfügung gestellt, um Veranstaltungen mit bekannten revisionistischen Rednern zu organisieren (z.B. mit **David Irving** und **Udo Walendy**. Bis in die Kreise der ***SPD*** hinein (z.B. vom Oberbürgermeister) ging die Verharmlosung und Inschutznahme von Deckert und seinen Aktivitäten. Dies hat sich aber mittlerweile geändert. Ende 1992 faßte der Gemeinderat einen Beschluß, in dem er die Veranstaltungen der NPD und die rassistischen Äußerungen Deckerts verurteilte und Konsequenzen forderte. Nach den Pogromen von Rostock war Deckert den Stadtoberen wohl doch zu heiß geworden: Bei fast jedem Nazi-Aufmarsch konnte er im Fernsehen erkannt werden. An fast allen Überfällen in der Rhein-Neckar-Region waren Anhänger Deckerts beteiligt, z.B. am 30. Januar '92 oder in Hensbach am 16. September '92. Doch eine gar nicht so kleine radikale Minderheit der Weinheimer BürgerInnen hält weiterhin zu Günter Deckert. Bei den Kommunalwahlen im Juni '94 erhielt er über die Kandidatur zur „Deutschen Liste“ immer noch 7% der Stimmen. Und dies, obwohl seine Rolle im Strafverfahren gegen den „Revisionismus-Kongreß“ allgemein bekannt war, denn immerhin wurde Deckert ebenfalls im Juni '94 deswegen zu einem Jahr auf Bewährung verurteilt. Ausschlaggebend für den Prozeß war Deckerts Organisierung der Veranstaltung, bei der er (übrigens ebenfalls in Weinheim) die Ausführungen des US-Holocaustleugners **Fred Leuchter** übersetzte und zustimmende Anmerkungen machte. Die milde Strafe dafür wurde von Bundesgerichtshof (BGH) am 10. Dezember '94 wieder aufgehoben. Dessen ungeachtet nahm Deckert fünf Tage später an einem europaweiten Nazitreffen im bayrischen Klingenberg teil, bei der er als Hauptredner vor etwa 200 Neonazis aus ganz Europa auftrat. Am 21. April '95 verurteilte das Landgericht Deckert erneut wegen der Veranstaltung mit Leuchter, diesmal zu zwei Jahren Knast, die er jedoch letztendlich erst über ein halbes Jahr später antreten mußte. Vorher versuchte er - ganz Revisionist! - nochmal eine Revision des Urteils durchzusetzen, was aber im Oktober vom BGH abgelehnt worden ist. Drei Wochen nach dem Urteil, am 10. Juni '95, wurde Deckert beim NPD-Parteitag als Vorsitzender mit über 90% bestätigt. Am 30. September jedoch enthob das Parteipräsidium Deckert seines Amtes. Allerdings nicht etwa wegen faschistischer Umtriebe, sondern weil er Parteigelder unterschlagen haben soll. Dieser Grund dürfte aber eher vorgeschoben sein, da es in der NPD auch Strömungen gegen Günter Deckert gibt. Nach dessen Entmachtung steht nur eine Spaltung der Partei ins Haus, angeblich wollen sich die Landesverbände Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen aus der NPD ausklinken. Am 9. November '95 nun kam Deckert vorläufig in den Knast, um seine Strafe abzusitzen. In den vergangenen Monaten hat sich zudem eine Reihe weiterer Strafanzeigen angehäuft, die seinen Aufenthalt im Knast hoffentlich noch um einiges verlängern werden. So schrieb er einen antisemitischen Brief an **Michel Friedman** vom Zentralrat der Juden, und bedrohte den Leiter der Gedenkstätte Buchenwald, weil dieser die Polizei holte, als Deckert das Gelände trotz Hausverbots betreten wollte. Zur Zeit sitzt Günter Deckert also im Gefängnis, doch erfahrungsgemäß wird ihn dies von seinen Aktivitäten nicht sonderlich abbringen. Vor seinem Haftantritt genehmigte das Gericht Deckert übrigens noch eine Urlaubsreise nach Teneriffa - „zur Regelung seiner persönlichen Angelegenheiten“...

Neuerscheinungen

Alhambra
Dez. 95, 36 Seiten
c/o Hermannstr. 83
26135 Oldenburg
Dieses Blatt erscheint monatlich und wird vom gleichnamigen Zentrum zusammen mit einer Vielzahl Gruppen herausgegeben. Wer wissen will, was im flachen Oldenburg los ist, sollte dieses Blatt genießen. Aber wie immer macht "Lokales" bei dieser Zeitung nur einen kleinen Teil des Inhalts aus. In dieser Nummer, die bei Erscheinen unserer Zeitung schon wieder unaktuell ist, sind folgende Themen weitergehender behandelt worden: DeVries - das falsche Lied vom Aussteiger; Kein Land in Sicht - wie mit der Nordsee umgegangen wird; Kurdistan; Jugoslawienkrieg, u.a. mit einer Chronologie der Nato-Intervention in Bosnien; Interview mit Len Weinglas (Rechtsanwalt von Abu Jamal), Punks in Brasilien sowie ein Interview mit dem Zapatistensprecher Marcos aus Mexiko. Und natürlich: Die Repression gegen die autonome Zeitung "Radikal" und was so dagegen läuft.

antifa
12/95, 3,80 Mark, 36 Seiten
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Die "antifa" berichtet über die üblenBedrohungen gegenüber einer alten Antifaschistin aus Berlin deren Mann kürzlich verstorben ist. Die Polizei interessierte ihreAnzeige nicht. Wir lesen etwas zur Geschichte des Zitats "Soldaten sind Mörder". Ein Artikel widmet sich der "Kulturbewegung Antifaschismus". Daneben sind in dieser Ausgabe viele Buchbesprechungen.

Antifa Infoblatt
#32, 5,00 DM, 44 Seiten
Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin
Wie jedesmal, wenn das Infoblatt herausgekommen ist, bleibt kaum noch Zeit, was anderes zu lesen. 1-2 Tage bzw. Abende sind ausgebucht und der Stift zum Anstreichen liegt bereit. Diesmal ist vor allem der Artikel "tierRECHTE" interessant, der über rassistischen Tendenzen in der Veganbewegung informiert. Weiter: Frauen in der Vernichtungsmaschinerie, der äußere Rand der CDU; der neue rechte Weg der "Wochenpost" sowie türkische Faschisten. Und wie immer zwei Nachrichtenblöcke über Faschisten und antifaschistische Aktivitäten.

Der rechte Rand
#37, 3,00 Mark, 24 Seiten
Postfach 1324, 30013 Hannover
Das Thema "Neofaschisten entdecken Techno" eröffnet das Heft und versucht anhand von beispielen eine Verbindung zwischen beiden Bereichen herzustellen. Die "antifaschistische Offensive" ist ein Diskussionsaufruf für die Antifa. Ansonsten Artikel zu Jürgen Rieger und seine nMachenschaften, dem "Bund für Gotterkenntnis" sowie "von Feministinnen und Nazissen". Am Ende noch etwas zum rechten Rand der Evangelischen Kirche. "Der rechte Rand" hat zwar den Schwerpunkt vor allem in Niedersachsen, von den Themen aber ist die Zeitung durchaus bundesweit zu empfehlen!

Index der #12

Stichworte

Organisationen / Medien

Personen

Orte